

# Westfälische Kulturkonferenz 2012

## Weltcafé – Texte zur Vorbereitung:

### Welche gesellschaftlichen Entwicklungstrends werden die Rahmenbedingungen für Kultur in Westfalen-Lippe beeinflussen?

Warum ist das Weltcafé zu gesellschaftlichen Entwicklungstrends wichtig?

In den letzten Jahren haben sich gesellschaftliche Entwicklungen so beschleunigt wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte. Zukunftsplanungen können nicht mehr allein auf Grund der Kenntnisse und Erfahrungen der Gegenwart gedacht werden. Wir müssen uns unterschiedliche Zukünfte vorstellen können und berücksichtigen, wie sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern können. Daher sind die Ergebnisse des Weltcafés eine wichtige Grundlage für den Planungsprozess.

Die Ergebnisse unseres Weltcafés werden nicht nur für die Kulturpolitik, sondern für viele weitere Planungsvorhaben interessant sein. Die Kenntnis der Methode ist hilfreich für berufliche und politische Kommunikationsprozesse.

Die Ergebnisse des Weltcafés werden dokumentiert und innerhalb von vier Wochen auf [www.kulturkontakt-westfalen.de](http://www.kulturkontakt-westfalen.de) veröffentlicht.

## Übersicht

Nr.	Thema	Gastgeberin/Gastgeber	Seite
01	Digitale Welt / digitale Gesellschaft	Dietmar Schulte (Heinz-Nixdorf-Forum, Paderborn)	2
02	Digitale Kulturen	Wolf Goertz (Space 1, Osnabrück)	10
03	Zukunft von Kindheit und Jugend	Peter Kamp (Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen e. V., Unna)	11
04	Zukunft des Bildungswesens	Georgia Schönemann (Kommunales Bildungsbüro Bielefeld)	14
05	Zukunft des Tourismus	Tobias Valentien (Teutoburger Wald Tourismus, Bielefeld)	18
06	Zukunft der Freizeit	Bernward Tuchmann (Tuchmann Kulturberatung, Münster)	19
07	Globalisierung	Dr. Martin Koch (Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie)	21
08	Älter werdende Gesellschaft	Peter Enste (Fachhochschule Gelsenkirchen, Institut für Arbeit und Technik)	24
09	Multikulturelle Gesellschaft	Gabriele Sonnenberg (Stadt Bielefeld, Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten)	27
10	Bevölkerungsverlust in ländlichen Räumen	Dirk Glaser (Südwestfalen Agentur, Olpe)	31
11	Klimawandel / Umwelt	Walter Neuling (Bezirksregierung Detmold)	32
12	Verkehr / Mobilität	Uli Beele (Nahverkehr Westfalen-Lippe, Unna)	34
13	Bürgerschaftliches Engagement, Subsidiarität	Catrin Boss (NRW-Kulturministerium, Referat 214 – Bürgerschaft-liches Engagement, Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen, Düsseldorf)	38
14	Armutsentwicklung	Hans-Peter Boer, Bezirksregierung Münster	41
	Demographischer Wandel in Nordrhein-Westfalen,	Rainer Danielzyk	44

# 01

**Thema: Digitale Welt / digitale Gesellschaft**

**Gastgeber: Dietmar Schulte (Heinz-Nixdorf-Forum, Paderborn)**

Interview mit Robert A. Wieland, Geschäftsführer TNS Infratest GmbH und Mitglied des Gesamtvorstandes der Initiative D21

***Herr Wieland, sechs Nutzertypen hat die Initiative D21 in ihrer Studie „Die digitale Gesellschaft 2011“ identifiziert. Zu welchem Typen zählen Sie sich selbst?***

Ich bin wohl eher ein „Digitaler Profi“. Ich bin seit vielen Jahren bereits beruflich im Netz unterwegs und nutze die Vorteile der digitalen Welt natürlich auch privat: Ich kaufe zum Beispiel online selten ein, ohne vorher Bewertungen im Internet zu lesen. Onlinebanking und mobiles Internet sind für mich kaum noch wegzudenken. Typische Merkmale für den „Digitalen Profi“.

***Damit können wir Sie zu den 38 Prozent der Bevölkerung zählen, die souverän und sicher mit den digitalen Medien umgehen. Warum ist aber aktuell so wenig Bewegung in der Entwicklung der digitalen Gesellschaft?***

Da gibt es einige Gründe. Viele Menschen haben in Deutschland noch immer kein Vertrauen in die digitalen Medien. Zudem haben viele Wenig- und Nichtnutzer noch immer nicht die persönlichen Vorteile der digitalen Medien für sich erkannt. Eine positive Diskussion über die digitale Welt und das spielerische Heranführen an die zahlreichen Möglichkeiten würden hier sicherlich einiges bewegen können.

***Was sehen Sie als den zentralen Treiber für die kommenden Jahre und wohin entwickelt sich die digitale Gesellschaft aus Ihrer Sicht?***

Kurz zusammengefasst: Je einfacher der Zugang zur Technik, desto leichter tun sich diejenigen, die bisher nicht oder nur wenig die digitalen Medien genutzt haben. Das iPhone hat beispielsweise zu einem deutlichen Schub zwischen 2009 und 2010 geführt, während dieser Zeit hat sich der Anteil der „Digital Souveränen“ von 26 Prozent auf 37 Prozent gesteigert. Einen weiteren Schub erhoffe ich mir durch Tablet-Computer. Diese Geräte sind intuitiv zu bedienen und deshalb auch von Personen nutzbar, die nicht zu den „Digital Natives“ zählen. Diese revolutionären Entwicklungen im mobilen Bereich können sicherlich alle Schichten der Gesellschaft näher an das Medium heranzuführen. Unterstützt durch einen Ausbau des mobilen Internets werden in den nächsten Jahren Dienste möglich sein, von denen wir heute nur träumen können. Deshalb bin ich überzeugt, dass die digitale Gesellschaft von morgen eine mobile digitale Gesellschaft sein wird.

***Welche Rolle spielen dabei die beiden wichtigsten Partner innerhalb der Initiative D21: Die Wirtschaft und die Politik?***

Ganz klar sollte die Politik Anreize setzen, damit neben dem technischen Ausbau – Stichwort Breitband – auch die digitale Kompetenz innerhalb der Gesellschaft gefördert wird. Besonders das Bildungssystem sollte durch Konzepte unterstützt werden, damit es in der

Lage ist, allen Teilen der Gesellschaft den gekonnten Umgang mit der digitalen Welt zu vermitteln. Aber auch die Wirtschaft ist gefordert. Einfache, nutzenstiftende und sichere digitale Anwendungen und Endgeräte würden dazu beitragen, dass die Nutzungsvielfalt und Nutzungsintensität gesteigert werden. Dies würde nachhaltig zu einer digital souveränen Gesellschaft führen.

***Erstmals wurden in der Studie auch Freizeitaktivitäten abgefragt. Danach würden Sie in Ihrer Freizeit viel im Internet surfen, Sport machen, gerne mit der Familie oder Bekannten Restaurants oder Cafés besuchen und vielleicht sogar ein Musikinstrument spielen. Inwieweit stimmen denn diese Aktivitäten mit Ihrem Freizeitverhalten überein und sind die Unterschiede in der Freizeitgestaltung nicht eher mit Altersunterschieden als mit der digitalen Kompetenz zu erklären?***

Ich finde mich in vielen Punkten wieder, dank digitaler Devices bin ich nun auch als Mann multi-taskingfähig... ;-). Auf die Altersunterschiede möchte ich gerne etwas näher eingehen: Bei der ersten Betrachtung der Ergebnisse war ich davon überzeugt, dass die Unterschiede bei den beiden Gruppen allein mit dem Alterseffekt zu erklären sind. Doch tieferegehende Analysen innerhalb vergleichbarer Altersgruppen haben gezeigt, dass „Digital Souveräne“ in den jeweiligen Altersgruppen wirklich aktiver sind und auch stärker auf zwischenmenschliche Beziehungen – auch in der realen Welt – achten als „Digital wenig Erreichte“. „Digital Souveräne“ sind aktive, vielseitig interessierte Menschen, denen soziale Kontakte und sportliche Aktivitäten sehr wichtig sind – sie sind alles andere als Technikfreaks und Nerds.

***Sie begleiten jetzt seit mehreren Jahren die Studien der Initiative D21, welches Thema wollen Sie dabei noch gerne näher betrachten?***

Wie ich bereits erwähnt habe, wird das mobile Internet immer wichtiger. Deshalb sollte die Initiative D21 bereits jetzt beginnen, dieses Thema näher zu durchleuchten. Denn nur so wird es möglich sein, frühzeitige Befürchtungen und fehlende Kompetenzen aufzudecken und rechtzeitig den Beteiligten in Politik und Wirtschaft konkrete Handlungsempfehlungen zu geben.

Das Interview führte Daniel Ott

Die Studie „Digitale Gesellschaft 2011“ ist unter [www.digitale-gesellschaft.info](http://www.digitale-gesellschaft.info) abrufbar.

## Digitale Gesellschaft

Knapp zwei Jahre nach der Datenerhebung zur ersten Ausgabe legt die Initiative D21 in Zusammenarbeit mit TNS Infratest und unterstützt von namhaften Sponsoren nun die dritte Auflage der Studie „Die digitale Gesellschaft in Deutschland – Sechs Nutzertypen im Vergleich“ vor und dokumentiert die Entwicklung der deutschen Gesellschaft auf dem Weg ins digitale Zeitalter im Jahresvergleich.

Mit der dritten Auflage der Studie hat die Initiative D21 die Basis für die weitere Förderung der digitalen Gesellschaft in Deutschland gelegt. Das zahlreiche Aufgreifen der bisherigen

Ergebnisse durch Medien, Politik und gemeinnützige Institutionen hat gezeigt, dass damit ein Instrument geschaffen wurde, um gezielt einzelne Gruppen an die digitale Gesellschaft heranzuführen.

## Sechs Nutzertypen und deren Verteilung

---

### Die Digitalen Außenseiter

**26%** 2010: 28%

Die Digitalen Außenseiter sind mit einem Durchschnittsalter von 62,5 Jahren noch immer die älteste, aber im Vergleich zu den Vorjahren nur noch zweitgrößte Gruppe. Die Digitalen Außenseiter erkennen noch keinen Vorteil in der Nutzung der digitalen Medien und viele haben Angst vor der gebotenen Vielfalt. Folglich zeigt sich auch eine große Zurückhaltung gegenüber technischen Neuheiten. Dies spiegelt sich in einer sehr eingeschränkten Nutzungsvielfalt und einem geringen Wissensstand zu digitalen Themen wider.

---

### Die Gelegenheitsnutzer

**28%** 2010: 28%

Vollkommen unverändert zeigt sich der Anteil der Gelegenheitsnutzer. Die digitalen Möglichkeiten werden von dieser Gruppe nur teilweise genutzt. Der Gelegenheitsnutzer besitzt die wesentlichen Basiskompetenzen, die ihm den Alltag erleichtern – Suchkompetenz und die Bewältigung von einfachen Textverarbeitungsaufgaben ist bei über 80 Prozent dieses Typs vorhanden, bei komplexen Fähigkeiten besteht jedoch auch 2011 noch Nachholbedarf. In der Regel verfügen sie jedoch über eine gute digitale Infrastruktur.

---

### Die Berufsnutzer

**7%** 2011: 7%

Sieben Prozent der Deutschen zählen wie auch im vergangenen Jahr zur Gruppe der Berufsnutzer. Die Berufsnutzer zeichnen sich durch eine sehr gute digitale Infrastruktur am Arbeitsplatz aus. Entsprechend verbringt ein Großteil der Berufsnutzer im Arbeitsalltag Zeit vor dem Computer: 83 Prozent verbringen mehr als zwei Stunden vor dem Bildschirm. Die Nutzungsvielfalt beschränkt sich derzeit noch immer auf Anwendungen, die im Berufsalltag benötigt werden, wie E-Mail, Textverarbeitung und Recherche im Internet.

## Die Trendnutzer

**21%** 2010: 20%

Das einzige Wachstum kann dieses Jahr die Gruppe der Trendnutzer verzeichnen. Derzeit zählen 21 Prozent der deutschen Bevölkerung dazu. Sie sind privat sehr gut mit digitaler Technik ausgestattet und verfügen vollständig über einen Internetzugang. Bis auf wenige Begriffe kennen sich die Trendnutzer sehr gut in der digitalen Welt aus. Bei der Nutzung zeigt sich eine große Vielfalt. Zudem ist mit 63 Prozent der Trend zur mobilen Internetnutzung bei dieser Gruppe stark ausgeprägt.

---

## Die digitalen Profis

**12%** 2010: 12%

Mit zwölf Prozent in der deutschen Bevölkerung haben auch die Digitalen Profis ihren Anteil nicht weiter ausbauen können. Sie verfügen über die beste IT-Infrastruktur im Berufsumfeld. Gleichzeitig verfügen Digitale Profis über eine sehr hohe digitale Kompetenz sowie außerordentlich hohes digitales Wissen. Mit 65 Prozent mobiler Internetverfügbarkeit haben die Digitalen Profis gemeinsam mit der Digitalen Avantgarde die Spitzenposition in diesem Bereich inne.

---

## Digitale Avantgarde

**5%** 2010: 5%

Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung zählt zur Digitalen Avantgarde. Internet und Computer bestimmen einen Großteil ihres Tagesablaufs: Durchschnittlich verbringt dieser Nutzertyp rund acht Stunden vor dem Computer und neun Stunden im Internet. Im privaten Umfeld sind sie oft Ratgeber in digitalen Fragen. Dies liegt auch daran, dass sie aufgeschlossen gegenüber jeder IKT-Neuerung sind. Der Anteil mobiler Internetanschlüsse stieg im Vergleich zum Vorjahr um 19 Prozentpunkte auf 65 Prozent.

## Zentrale Ergebnisse

### 1. Internetzugang (Angaben in Prozent)

	Außen-seiter	Geleg.-nutzer	Berufs-nutzer	Trend-nutzer	Digitale Profis	Avant-garde
privat	9	84	88	98	99	100

	Außen-seiter	Geleg.-nutzer	Berufs-nutzer	Trend-nutzer	Digitale Profis	Avant-garde
beruflich	1	19	49	42	83	65
mobil	3	35	26	63	65	65

## 2. Infrastruktur (Angaben in Prozent)

	Digitale Außenseiter		Gelegenheits-nutzer		Berufsnutzer	
	zu Hause	beruflich	zu Hause	beruflich	zu Hause	beruflich
PC bzw. Notebook	35	5	96	23	88	77
PC	32	5	85	19	72	73
Notebook	7	0	54	9	53	20
Drucker	29	5	93	22	84	75
Digitale Kamera	27	1	82	10	80	21
Scanner	12	3	70	12	49	48
WebCam	2	0	26	2	26	6
Digitales HiFi-Gerät	14	0	50	3	32	1
Tablet-PC (Nutzung/Planung)	0	2	4	2	1	3

	Trendnutzer		Digitale Profis		Digitale Avantgarde	
	zu Hause	beruflich	zu Hause	beruflich	zu Hause	beruflich
PC bzw. Notebook	99	47	100	91	100	71

	Digitale Außenseiter		Gelegenheits-nutzer		Berufsnutzer	
PC	89	45	83	80	85	65
Notebook	76	27	82	46	87	43
Drucker	96	46	87	90	97	77
Digitale Kamera	88	22	87	36	94	28
Scanner	75	37	73	78	88	70
WebCam	62	5	65	10	60	17
Digitales HiFi-Gerät	75	12	80	5	77	11
Tablet-PC (Nutzung/ Planung)	6	11	8	13	12	22

### 3. Kompetenz (Angaben in Prozent)

	Außen-seiter	Geleg.-nutzer	Berufs-nutzer	Trend-nutzer	Digitale Profis	Avant-garde
Suchkom-petenz	12	85	93	100	100	100
Textverar-beitung (einfach)	22	83	89	99	99	97
Textverar-beitung (erweitert)	7	46	74	80	96	95
Software installieren	2	42	56	86	91	98
Präsentation	3	34	38	83	85	92
Tabellen- kalkulation	2	28	45	69	91	84
Makropro- grammierung	1	7	9	27	42	31

	Außen-seiter	Geleg.-nutzer	Berufs-nutzer	Trend-nutzer	Digitale Profis	Avant-garde
--	--------------	---------------	---------------	--------------	-----------------	-------------

Website ins Netz stellen	1	18	9	55	56	46
--------------------------	---	----	---	----	----	----

#### 4. Freizeitaktivitäten

	Digital Souveräne	Digital wenig Erreichte
Internet surfen	94	35
Fernsehen/ Videos/ DVD/ Blue-ray	74	79
Lesen	68	74
Einzel-sport	50	41
Wandern/ Spazierengehen	47	56
Mannschaftssport	23	7
Café/ Restaurant/ Bar	23	10
Instrument spielen/ Musizieren	16	7
Ehrenamtliche Arbeit	11	14
Kirche/ Gewerkschaft/ Partei	5	6
Kino/ Theater	2	2

## Digitale Medien in der Schule

Obwohl das vergangene Jahrzehnt auch als digitales Jahrzehnt in die Geschichte eingehen kann, werden digitale Medien im Unterricht noch immer nicht durchgängig eingesetzt.

Bedingt durch den Föderalismus tut sich das deutsche Bildungssystem schwer, ein einheitliches Konzept aufzustellen, um diese Situation zu ändern. Die D21-Bildungsstudie „Digitale Medien in der Schule“ stellt eine Bestandsaufnahme der aktuellen IT-Ausstattung



und -Nutzung innerhalb des deutschen Schulsystems dar und zeigt dabei deutlich, in welchen Bereichen besonderer Nachholbedarf herrschen.

## 02

**Thema: Digitale Kulturen**

**Gastgeber: Wolf Goertz (Space I, Osnabrück)**

### **Digitale Kultur**

Ein jedes Medium bringt neue Darstellungsarten der Kunst und eigene Formen der Kommunikation sowie des sozialen Umgangs mit sich. Das Internet und die damit einhergehende Digitalisierung von Wohn- und Kinderzimmern, Arbeitsplätzen und Ateliers, ist das jüngste Medium, das eine eigene, nämlich digitale Kultur zu Tage gefördert hat. Die Besonderheit des Internets gegenüber älteren Medien wie Druck, Rundfunk und Fernsehen, ist der partizipative Charakter. Der Anwender ist nicht länger nur noch passiver Konsument, sondern kann die Inhalte, die für jeden einsehbar sind aktiv mitgestalten. Hinzu kommt eine kaum überschaubare Vielfalt an Angeboten, deren Auswahl keiner übergeordneten Institution, z.B. einer Sendeanstalt oder einem Verlag unterliegt.

Das populärste Beispiel ist die Videoplattform Youtube. Täglich werden tausende selbst produzierte Videos hochgeladen und angeschaut. Ein lebendiger Austausch und die Weitergabe der Kurzfilme lässt Memes entstehen, die aufgrund ihres humorvollen Gestaltung, ungewollter Komik oder Absurdität eine nur schwer erklärbare Popularität erlangen. Zusätzlich wird urheberrechtlich strittiges Material zugänglich gemacht, was eine Veränderung in der Bewertung des geltenden Urheberrechtes in der öffentlichen Meinung nach sich zieht.

Ein Haupteigenschaft der digitalen Kultur ist der stark erweiterte Zugang zu Wissen. Auch in diesem Bereich wird Content größtenteils von Privatpersonen erstellt. Da keine Platzbeschränkungen existieren, haben digitale Enzyklopädien, Wörterbücher und Lexika gegenüber herkömmlichen gedruckten Ausgaben den Vorteil, das Wissen nicht nach Relevanz filtern zu müssen, so dass sich detailreiche Informationen zu nahezu jeder Nischenthematik finden lassen. Filterung findet nur in redaktionell geführten Enzyklopädien, wie der Wikipedia statt. Zur digitalen Kultur gehört außerdem eine eigene Sprache, die sich in Foren, Chats und im E-Mail-Schriftverkehr etabliert hat. Diese Transformation ist schlicht mit dem vorherrschenden Eingabegerät, der Tastatur zu begründen.

In der digitale Kultur wird die Wirklichkeit in gewisser Weise abgebildet, jedoch treten starke Verschiebungen im Vergleich zu den realen Vorbildern auf. Reale soziale Beziehungen können in sozialen Netzwerken wie Facebook einerseits 1:1 weitergeführt werden, andererseits definieren solche Plattformen den Begriff Freundschaft gänzlich neu, da er sehr viel weiter gefasst wird. Zudem ändert sich der kommunikative Umgang mit den Freunden. Diese Kultur ist daher einzigartig und funktioniert nach ihren eigenen Prinzipien.

Quelle: [www.culture-in-motion-2011.eu](http://www.culture-in-motion-2011.eu)

## 03

**Thema: Zukunft von Kindheit und Jugend**

**Gastgeber: Peter Kamp (Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen e.V., Unna)**

**Peter Fuchs**

**Die Zukunft der Kinder – Ein Beispiel für die Kunst der Gegenwartsvernichtung**

Unredigierte Fassung des **Artikels „Kinder der Zukunft, Ein Beispiel für die Kunst der Gegenwartsvernichtung“**, erschienen am 03.03.2003 (Seite 10) in der Frankfurter Rundschau

**Die Zukunft der Kinder – Ein Beispiel für die Kunst der Gegenwartsvernichtung**

Ich bin, um dies vorweg zu sagen, der Kinderfeindlichkeit nicht unmittelbar verdächtig als Vater von so vielen Kindern, wie man sie gerade noch unter Rettung eines Fingers an beiden Händen abzählen kann. Es geht nicht darum, den Kindern etwas am Zeug zu flicken, sondern einfach nur darum, daß es in den hoch entwickelten Staaten der modernen Weltgesellschaft zu seltsamen, vielleicht schädlichen Verwicklungen kommt, durch die Kinder so ins Zentrum der allgemeinen Lebensgestaltung rücken, daß sich die kostbare Zeit ihrer Gegenwart (und die kostbare Zeit der Gegenwart der Erwachsenen, die mit ihnen zu tun haben) auflöst.

Darüber etwas zu sagen, ist nicht ganz einfach, weil sich vor eine nüchterne Betrachtung des Problems längst eine Mythologie der Kindheit geschoben hat: Kinder sind – alles in allem, und die besten Bedingungen vorausgesetzt – ganz einfach toll. Sie sind aus sich herauslaufende Räder, die Frisch-Entdecker der Welt, das quirlige, wahrhaftige Leben schlechthin, gegen das sich das Leben der Erwachsenen als trist, als eintönig, als verkrustet, als durchroutiniert erweist. Sie sind nicht kleine Erwachsene, sondern Personen eigenen Rechtes, die die Welt anders sehen als die Großen, von unten her, wie man im 19. Jahrhundert entdeckt, staunend, offen, bildbar, lärmend und vor allem: spielend. Sie sind schlammbedeckte Lustbringer mit vollen Hosentaschen, die nicht zu lieben, über die nicht zu lächeln, angesichts derer nicht ein warmes Gefühl zu haben oder nicht wenigstens anzudeuten, daß warme Gefühle angebracht sind, nahezu eine soziale Pathologie darstellt. Sie müssen – in feiner Paradoxie – obligatorisch geschätzt werden. Die Kommunikation von Idiosynkrasien gegenüber Kindern verbietet sich (selbst dann, wenn sie den Lebensalltag einer Familie terrorisieren sollten) wie von selbst. Wer dies dennoch tut, wird zum Griesgram und Hagestolz, der die Einschränkungen seiner eigenen Freiheit durch Kinder nur nicht zu ertragen weiß.

Diese soziale Mythologie läßt sich auflösen, wenn man nicht mehr davon ausgeht, daß Kinder sind, was sie an und für sich sind. Kein intellektuell ernstzunehmender Mensch wird heute die Auffassung vertreten, daß man dies wirklich wissen könnte. Vielmehr empfiehlt es sich, Kinder als *soziale Konstruktionen* (die psychische Konstruktionen nach sich ziehen) aufzufassen auf dieselbe Weise, wie man Jugendliche, Erwachsene, alte Menschen als soziale Konstruktionen begreifen kann, an denen sich der Alltag zeit- und epochenbedingt orientiert. Dann sieht man, daß von Kindergärten (Gärten!), die sich „Stoppelhopser“, „Wichtelzwerge“ oder „Sonnenschein“ nennen, über Kinderhause, Kinderparlamente (Kinder an die Macht), Kindermode, Kinderspielzeug, der Kommunalwahlforderung „Unsere Stadt soll eine Stadt für Kinder werden“ bis hin zu

Kinderzeitschriften und Kinderseiten (etwa das STERNCHEN im STERN) alles an Konstruktionsmomenten hängt, die jene oben erwähnte soziale Mythologie zur Grundlage haben.

Diese Mythologie ist ein Zusammenhang erstaunlicher Simplifikationen, in deren Zentrum die Idee zu stehen scheint: Kinder seien die Zukunft, und die Vergangenheit der Erwachsenen (die Kindheit) sei deren damalige Zukunft gewesen. Durch die Vergangenheit der Erwachsenen (als deren einstige Zukunft) und durch die Zukunft der Kinder wird die Differenz Erwachsene/Kinder fixiert – und die Gegenwart beider durch etwas, was die Gegenwart nicht ist. Die Erwachsenen, insbesondere die Eltern, würden sich und ihre Zeit über die Kinder definieren, und die Kinder würden darüber definiert, daß sie genauso definiert sind: als das, worüber sich die Erwachsenen definieren. Die Kindheit ist der zeitliche Schauplatz des eigentlichen Lebens, sagt man, denn die Kinder sind die Zukunft.

Aber halt, dann wären die Kinder ja, was sie nicht sind? Niemand kann schließlich seine eigene Zukunft sein. Keine Zukunft ist schon da, so wenig wie irgendeine Vergangenheit noch da ist. Der Tanzplatz des Lebens ist offenbar die Gegenwart. Dann muß man fragen: Wessen Zukunft sind die Kinder, wenn sie nicht ihre eigene Zukunft sein können? Sind sie etwa die Zukunft der Erwachsenen? Wenn das so ist, müßte man formulieren: Die Zukunft der Erwachsenen ist die Zukunft der Kinder. Aber damit wäre ein prekäres Besitzverhältnis ausgedrückt. In unseren Kindern *besäßen* wir unsere Zukunft, obwohl sich Zukunft nicht besitzen läßt. Übrig bliebe: ein sonderbares und aufklärungsbedürftiges Besitzverhältnis, in dem die Kinder (da ihre Gegenwart durch die Zukunft der Erwachsenen definiert wäre) sich selbst und ihre Gegenwart nicht hätten und die Erwachsenen ihre Gegenwart nur hätten als das, was die Kinder nicht sind: Zukunft. Man müßte annehmen, daß auf diese Weise die Zeit der Gegenwart aus der Konstruktion des Kindes und des Erwachsenen gleichsam abgepumpt würde. Wir hätten es mit einer gegenwartsvernichtenden Struktur, mit einer Maschine zu tun, die die Zeit der Gegenwart, die die Zeit des Lebens ist, verdunsten läßt. Dies ist ein Zeitarrangement, das sich wiedererkennen läßt, nämlich der perfekte Ausdruck (und damit ein perfektes Symptom) für die Temporalisierung der Gesellschaft, die sich in terms der Zukunftslastigkeit und der Gegenwartsminimierung formulieren läßt, in die absurde Begriffe wie Fortschritt und Wachstum unauflöslich eingeknetet sind. Hier hat sich eine okkulte Teleologie erhalten, die Vorstellung, daß wir auf Ziele zugehen (zurassen) und daß hinter allen Zielen weitere Ziele stecken im Sinne eines Immer-Mehr und Immer-Besser, ein ewiger Komparativ, der seinen Superlativ nicht erreichen kann, weil er Stillstand bedeuten würde. Die Gegenwart wird zum Vehikel zur Beförderung dessen, was kommen soll, und alles, was kommt (und dann Gegenwart ist), wird in dieselbe Form gepresst: Es ist nicht Da-Sein, kein *Hic et Nunc*, kein Erfüllungs- und Lebeort, sondern ein Preßwerk, in dem alles, was geschieht, die Gestalt des Aufschiebs annimmt.

In dieses Preßwerk gerät auch die soziale Konstruktion des Kindes. Es wird zu dem, wovon unsere Zukunft abhängt und folglich muß es auf diese Zukunft hin stilisiert, es muß zukunftsfruchtig werden. Schon seine Existenz im Mutterleib wird okkupiert durch Überlegungen, wie es gefördert, auf Zukunft hin getrimmt werden könnte. Nicht wenig (aber wenig Sinnvolles) wird dazu in den einschlägigen Zeitschriften geschrieben oder in sich gut rechnenden Kursen für werdende Mütter und Väter vermittelt. Und wenn das Kind geboren ist, werden viele Überlegungen daran verschwendet, wie man es schon in seiner postnatalen Unfertigkeit im Blick auf Zukunftstauglichkeit hinmodellieren könnte. Das Erziehungssystem hat längst seine Zeitgrenzen bis zum Mutterleib und bis auf das Säuglingsstadium hin ausgedehnt. Die Eltern werden unter den Druck gesetzt, Gedeihlichkeitsbedingungen der Zukunft des Kindes, die die Zukunft der Eltern ist, von Anfang an zu berücksichtigen. Das

Kind, es spielt nicht, um zu spielen, es ist nicht einfach ein *Homo ludens*; es spielt vielmehr, um zu lernen. Und je früher es richtig lernt, desto besser für die Zukunft: Englisch im Kindergarten, der Kindergarten als Vorbereitung der Schule, Prüfungen an Kindergärten für die Aufnahme in bestimmten Schulen (noch Japan, aber warum nicht bald hier?), Vorverlegung der Einschulungszeit, Zusatzausbildungen wie Tanz, Gymnastik, Musikinstrumente, Medikamente für nicht so leicht zukunftsanpaßbare Kinder, Beratungen ohne Ende, Pisa-Studien, die erweisen, daß die Zukunftsfähigkeit der Kinder noch nicht genug im Blick auf deren Zukunft (also unsere Zukunft) trainiert wurde, Verzweiflungen der Eltern, daß ihre Kinder gegenüber dieser Zukunft versagen könnten – und bei alledem: eine unfaßbare Gegenwartsvergessenheit, die noch den Zoobesuch zur Gelegenheit macht, die Fauna anderer Länder den Kindern beizubringen oder die Eltern dazu veranlaßt, um jede mögliche Schulstunde ihres Kinder so zu kämpfen, als hinge davon das Leben ab (aber wessen Leben und was für ein Leben?), obwohl die Kinder Hekatomben von Schulstunden haben. Das setzt sich fort weit ins Jugendalter, ja bis ins Studium hinein, das dreht und wendet sich und hat kein Ziel. Die Eltern leben für die Kinder (nicht für sich selbst), die Kinder leben für die Eltern (nicht für sich selbst).

Ebendiese Zirkularität, die eine Form der Leere, der Nichtigkeit begründet, wird verdeckt durch die soziale Mythologie des Kindes, einer Mythologisierung, die, wie man ja auch sagen könnte, einer grandiosen Instrumentalisierung der Kinder den Weg bereitet, die (wie ihre Eltern) in eine Zeitfalle geraten, in die Falle einer verheerenden Zeitberaubung. Die Kinderobsession so vieler Menschen mag ein Ausdruck sein, daß sie selbst nicht sehen, daß sie an derselben Fliegenrute kleben. Sie feiern die Kinder als das, was sie nicht sind: Zukunft. Und verspielen dabei deren (und ihre eigene) Möglichkeit zu lebensdichter Gegenwart.

## 04

**Thema: Zukunft des Bildungswesens**

**Gastgeber: Georgia Schönemann (Kommunales Bildungsbüro Bielefeld)**

Gütersloh, 29.08.2011

### **Wege aus der Bildungskrise**

**Interview mit Dr. Jörg Dräger über sein Buch „Dichter, Denker, Schulversager“**

Aktuell erschienen ist das Buch „Dichter, Denker, Schulversager: Gute Schulen sind machbar – Wege aus der Bildungskrise.“ Der Autor Jörg Dräger ist Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung und verantwortet den Bereich Bildung. Der promovierte Physiker spricht im Interview über Kita-Finanzierung, Studiengebühren, fehlende Lehrer mit Migrationshintergrund und die Schulen von morgen.

**Dr. Dräger, die Regale in den Büchereien und Bibliotheken sind voll von Büchern über Bildung. Was unterscheidet Ihr neues Buch "Dichter, Denker, Schulversager" von diesen Titeln?**

**Jörg Dräger:** Gute Bildung entscheidet über die Zukunft unseres Landes - da gibt es natürlich mehr als ein Buch über die andauernde Bildungskrise. Aber "Dichter, Denker, Schulversager" zeigt nicht nur die Probleme unseres Bildungssystems auf, sondern bietet auch konkrete und umsetzbare Lösungen. Zudem verbindet dieses Buch die gesellschaftlichen Herausforderungen, wie beispielsweise den demographischen Wandel, den Umbau des Arbeitsmarktes oder die Migration mit den notwendigen Veränderungen im Bildungssystem. Es gibt aber keine Kapitel über Kitas, Schulen oder Ausbildung. Stattdessen orientiert sich "Dichter, Denker, Schulversager" an dem, was unser Bildungssystem angesichts dieser gesellschaftlichen Veränderungen leisten muss, d. h., die verschiedenen Aspekte werden zusammengeführt: Was müssen unsere Kinder in Zukunft lernen, wie und wo? Wie machen Eltern und Lehrer es ihnen leicht, und wie kann die Politik auf kommunaler, Länder- und Bundesebene helfen? Und schließlich: Wer soll das bezahlen? Auf diese Fragen gebe ich Antworten. Klar: Jede davon könnte ein eigenes Buch füllen. Ich wollte aber diese Themen auf das Wesentliche reduzieren, um einen wirklich breiten Blick auf unser Bildungssystem zu ermöglichen.

"Dichter, Denker, Schulversager" ist aber auch im Stil anders. Es gibt zum Bildungssystem zwar viele wissenschaftliche Studien, die aber für Nicht-Fachleute unverständlich sind. Es gibt viele Zeitungsartikel zu einzelnen Aspekten, denen aber die Breite und Tiefe fehlt. Dazwischen gibt es nichts: Nichts, was so anschaulich ist wie ein Zeitungsartikel und doch so umfassend wie eine wissenschaftliche Studie. Das ist der Mittelweg, den dieses Buch beschreiten will: flüssig geschrieben mit entsprechenden Fallbeispielen.

**Sie sprechen in Ihrem Buch von einer Bildungskrise. Doch eigentlich hat Deutschland doch im letzten PISA-Test zugelegt. Was ist das also für eine Krise?**

**Jörg Dräger:** Es stimmt: Deutschland hat Fortschritte gemacht. Unsere Schüler sind im Durchschnitt besser geworden. Das ist erfreulich. Aber am unteren Ende des Bildungssystems erleben wir weiterhin eine Katastrophe; denn unser Bildungssystem

produziert immer noch viel zu viele Verlierer. Viel zu viele verlassen die Schule ohne Abschluss. Viel zu viele haben keinen Berufsabschluss. Jeder fünfte Jugendliche kann kaum rechnen, schreiben oder lesen.

Um diese Bildungsverlierer kümmern wir uns zu wenig - obwohl sie uns alle angehen: nicht nur, weil sie eine Chance verdienen, sondern vor allem auch, weil Unbildung unsere Gesellschaft insgesamt bedroht. Wir bezahlen dafür mit explodierenden Sozialkassen und einem Mangel an qualifizierten Fachkräften. Was wir brauchen, sind grundlegende Veränderungen in unserem Bildungswesen. "Dichter, Denker, Schulversager" benennt die Ursachen dieser Krise und ihre Folgen. Und das Buch zeigt Wege auf, wie wir es in Zukunft besser machen können.

### **Was läuft falsch in unserem Bildungssystem?**

**Jörg Dräger:** Deutschland repariert zu viel und investiert zu wenig. Unsere Ausgabenpolitik ist rückwärtsgerichtet: Mehr als die Hälfte der Finanzen von Bund, Ländern und Kommunen steckt in den Sozialtats und soll über Transferleistungen ausgleichen, was unzureichende Ausbildung, was mangelnde Bildungschancen in der Vergangenheit an Schaden und Ungerechtigkeit verursacht haben. In die Bildung, in die Zukunft des Landes und seiner Menschen, fließen hingegen gerade einmal 9 Prozent der Staatsausgaben. Zudem transferiert Deutschland zu viel Geld direkt an die Familien, statt die Bildungsinstitutionen angemessen auszustatten. Kindergelderhöhungen, Elterngeld, Betreuungsgeld, Steuervorteile für kinderlose Paare: Das alles mag Wählerstimmen bringen. Nennenswerte Effekte hin zu höheren Geburtenraten, sinkender Kinderarmut oder mehr Chancengerechtigkeit werden so allerdings nicht erzielt. Und da wir so viel Geld "mit der Gießkanne" an alle verteilen, bleibt eben relativ wenig für Kitas, Schulen und Hochschulen über. Das müssen wir ändern: weniger Transferleistungen, dafür aber mehr Investitionen in die Kitas und Schulen!

### **Gibt es europäische Länder, in denen das anders gehandhabt wird?**

**Jörg Dräger:** Dänemark ist so ein Beispiel. Dort erhalten die Bildungseinrichtungen mehr als die Hälfte der - übrigens auch höheren - staatlichen Ausgaben für Familien, nur ein kleinerer Teil geht direkt an die Familien. Mit guten Ergebnissen: Die Dänen haben mehr Kinder als die Deutschen und die geringste Kinderarmut in der OECD.

### **In welchem Bereich zahlen sich Ihrer Meinung nach denn Bildungsinvestitionen am meisten aus?**

**Jörg Dräger:** Investitionen in die frühkindliche Bildung lohnen sich aus volkswirtschaftlicher Sicht am meisten. In den Kitas wird der Grundstein gelegt für ein chancengerechtes Bildungssystem. Das belegen auch einschlägige Studien, da hier insbesondere Sprach- und Sozialkompetenz frühzeitig gefördert werden können: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nur noch mit viel Mühe.

Doch bei uns steht die Bildungsfinanzierung auf dem Kopf: Ausgerechnet für die frühkindliche Bildung gibt der Staat vergleichsweise wenig aus, während er die Hochschulen hoch subventioniert. Wir schaffen Studiengebühren von 83 Euro pro Monat wieder ab und akzeptieren gleichzeitig, dass der staatliche Kita-Platz in manchen Kommunen mehr als 600 Euro monatlich kostet und für staatliche Ganztagschulen Schulgelder von 150 Euro und

mehr pro Monat fällig werden. Es ist allemal gescheiter, Studierende mit einem kleinen Anteil - abgesichert durch Darlehen und Stipendien - an den Kosten ihres Studiums zu beteiligen als einem Kind durch hohe Gebühren oder fehlende Plätze den Kitabesuch zu erschweren. Insgesamt müssen wir übrigens auch darauf achten, dass die Gelder dorthin gehen, wo man sie am dringendsten braucht. Nicht alle Kindergärten, nicht alle Schulen müssen gleich ausgestattet werden: In sozialen Brennpunkten beispielsweise brauchen wir mehr Mittel als anderswo.

### **Was sind denn Ihrer Ansicht nach die größten Herausforderungen für das Schulsystem?**

**Jörg Dräger:** Ganz eindeutig die wachsende Vielfalt in den Klassenzimmern. In den Großstädten nimmt die Zahl der Schüler aus Zuwandererfamilien zu, in ländlichen Gebieten müssen aus Schülermangel Schulen unterschiedlicher Art zusammengelegt werden, in bürgerlichen Gegenden schicken fast alle Eltern ihre Kinder aufs Gymnasium und machen sie damit zur Gesamtschule der Mittelschicht. All dies führt dazu, dass in den Klassen die Bandbreite an Leistungsniveaus, Lernfähigkeiten und Lerngeschwindigkeiten der Schüler ständig wächst.

Die Lösung dafür lautet "Individuelle Förderung". Diese Art der Pädagogik holt jedes Kind dort ab, wo es steht. So kann es seine Fähigkeiten bestmöglich entwickeln. Lernen lernen wird wichtiger als Fakten pauken. Nur so kann ein Lehrer mit der wachsenden Unterschiedlichkeit umgehen. Allerdings hat sich die Individuelle Förderung noch nicht flächendeckend in Deutschland durchgesetzt. Wir brauchen daher ein umfassendes Lehrerfortbildungsprogramm. Zugleich müssen wir unsere Schulen Schritt für Schritt zu Ganztagschulen ausbauen - auch das trägt zur Chancengerechtigkeit bei und hilft darüber hinaus bei der Vereinbarkeit von Familien und Beruf.

### **Steht einem umfassenden Umbau des Bildungssystems nicht der deutsche Föderalismus im Weg? Wie wollen Sie die Länder dazu kriegen, an einem Strang zu ziehen?**

**Jörg Dräger:** Wenn wir Föderalismus als Wettbewerb um die beste Lösung verstehen, dann kann unser föderales Prinzip Teil der Lösung sein statt Teil des Problems. Unser System krankt daran, dass in der Kultusministerkonferenz das Konsensprinzip gilt. So bestimmt der Langsamste das Tempo. Gäbe es hingegen einen echten Wettbewerb unter den Ländern, würden sich am Ende die besten Lösungen durchsetzen.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass alle Länder bei der Bildung verlässliche Mindeststandards erfüllen und dies auch kontrolliert wird - und zwar nicht von den Bundesländern selbst, wie das bisher der Fall ist. Während in anderen Staaten der Bildungserfolg auf der Ebene jeder Schule im Internet nachgelesen werden kann, verhindern die Bundesländer bei uns echte Transparenz: Der durch die OECD bisher unabhängig durchgeführte Bundesländervergleich PISA-E wurde abgeschafft; bei Hauptschülern, wo eine Analyse am dringlichsten wäre, wollte man zuletzt angesichts schlechter Ergebnisse die Überprüfung der Bildungsstandards ganz aussetzen; und die Förderschulen, die für mehr als die Hälfte der Schüler ohne Hauptschulabschluss verantwortlich sind, nehmen nur sporadisch an Vergleichsstudien teil. Wollen wir hier mehr Transparenz schaffen, müssen wir dem Bund das Recht zugestehen, international anerkannte Bildungsstandards in



Deutschland zu messen und die Ergebnisse - auch im Vergleich der Bundesländer – zu veröffentlichen. Nur wenn die für Bildung verantwortlichen Länder sich nicht selbst kontrollieren, werden wir zu einem deutlich besseren Bildungssystem kommen.

# 05

**Thema: Zukunft des Tourismus**

**Gastgeber: Tobias Valentien, Teutoburger Wald Tourismus, Bielefeld**

**Wie ändert sich Tourismus in der Zukunft?**

## **Einflussfaktoren**

1. Demographischer Wandel
2. Gesundheit
3. Stress / Zeitmangel / Arbeitswelt
4. Individualisierung / Vereinsamung

## **Verstärkung von Kundenbedürfnissen**

1. Suche nach Authentizität / Originalität
2. Suche nach Einfachheit
3. Suche nach Natürlichkeit
4. Suche nach Gemeinsamkeit

## **Tourismusedwicklung im Münsterland, Teutoburger Wald, Sauerland**

1. Grüner Erholungs-Gürtel für das Ruhrgebiet und das Rheinland
2. Aktivurlaub und Gesundheitsurlaub sind Entwicklungsschwerpunkte
3. Kultur ist für die Entwicklung immer Querschnittsthema, selten Schwerpunktthema

## **Die Rolle der Kultur in der touristischen Angebotsentwicklung**

1. Der Kulturbegriff im Tourismus ist kein elitärer, sondern auch und gerade durch Alltagskultur bestimmt
2. Kulturelles ist oft Anlass und Inhalt der Freizeitaktivitäten von Urlaubsgästen und Einheimischen
3. Kultur ist bei der Mehrheit der Gäste nicht der Grund für die Reiseentscheidung, jedoch in nahezu allen Angebotsbereichen komplementär und imageprägend enthalten

## 06

### Thema: Zukunft der Freizeit

Gastgeber: Bernward Tuchmann (Tuchmann Kulturberatung, Münster)

#### Zukunft von Beruf und Freizeit

03. 05. 2007

(ip) - Welche Auswirkungen wird das Phänomen „Freizeit“ auf unsere Lebens- und Arbeitswelt im 21. Jahrhundert haben? – Diese und weitere Fragen warf Prof. Reinhold Popp vom Zentrum für Zukunftsstudien an der FH Salzburg im Vortrag „Zukunft: Lebensqualität im Spannungsfeld zwischen Beruf und Freizeit“ auf.

#### Wissenschaftliche Zukunftsforschung

Prof. Popp stellte gleich zu Beginn klar: „Die“ Zukunft gibt es nicht! In Wahrheit gibt es nur „Zukünfte“, also mehrere Szenarien, wie sich unsere Gesellschaft in der Zukunft entwickeln könnte. Welche Szenarien realisiert würden, hinge von der Gestaltungskraft gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Interessengruppen ab.

#### Zukunft: Zeitbudget

Aufgrund der kollektiven Verkürzung der Berufszeit, v.a. aber der Verlängerung der durchschnittlichen Lebenszeit-Erwartung hat sich in den Ländern der sog. Ersten Welt das Verhältnis zwischen beruflich gebundener - und außerhalb des Berufs verbrachter Zeit im Laufe des 20. Jahrhunderts in fast unglaublichem Ausmaß verschoben. 90% seiner Lebenszeit verbringt der Mensch heute außerhalb des Lebensbereichs „Beruf“. Vor allem die Lebensphase von 50 aufwärts wird immer mehr zu einer Freizeitphase. Die Frage lautet nun: Was sollen wir mit so viel dazu gewonnener Lebenszeit eigentlich anfangen? Wie lässt sich dieses „Lebenszeitbudget“ sinnvoll gestalten?

Der wahrscheinlich wichtigste Trend der ersten Jahrzehnte unseres 21. Jahrhunderts besteht, so Popp, in einem tiefgreifenden Wertewandel im Hinblick auf den selbstbewussten, möglichst selbstbestimmten und subjektiv befriedigenden Umgang mit der Lebenszeit. Die Menschen werden zunehmend die Ressourcen Geld, Raum und Bildung zur Gestaltung des Zeitbudgets einsetzen, um eine möglichst hohe Lebensqualität zu erreichen, also - so die Definition des Zentrums für Zukunftsstudien - Grundbedürfnisse des materiellen Wohlstandes, soziale Identität und Zugehörigkeit, Beteiligung, Selbstverwirklichung, Persönlichkeitsentwicklung, sinnvolle Arbeits- und Freizeitgestaltung zu verwirklichen.

#### Zukunft: Beruf : Lebensqualität

Für die Zukunft warnte Popp vor einer fatalen Fehleinschätzung der zukünftigen Dienstleistungsentwicklung: Es werde nicht zu einer Ablöse der „Industriegesellschaft“ durch eine „Wissengesellschaft“ kommen, sondern vielmehr werden sog. Knowledge- Workers in einem expandierenden Dienstleistungssektor arbeiten, der eng mit der industriellen Produktion verzahnt ist. Daneben werden Dienstleistungsberufe aus den Bereichen Aus- und Weiterbildung sowie Gesundheits- und Sozialwesen, sowie freizeitbezogene - und ökologische - Dienstleistungen von Bedeutung sein. Lebenslanges Lernen werde unverzichtbar sein, sich aber zunehmend von Schulen und Universitäten an freizeitbezogene Lernorte (z.B. World Wide Web) verlagern, so Popp.

#### „Normal-Arbeitsverhältnis“ – Normal?

Die sozial abgesicherte Vollzeitanzstellung wird im Jahr 2020 nur noch für 45% der ArbeitnehmerInnen Realität sein. Zum Vergleich: In den 1970ern waren es noch 90%, heute sind es noch ca. 55%. Häufiger wird der Typus des sog. „Job-Nomaden“ sein, mit den entsprechenden Auswirkungen auf den Immobilienmarkt. Immer stärker werde auch der sekundär-ökonomische Bereich, eine Grauzone zwischen Nachbarschaftshilfe und Schwarzarbeit. Modelle zur Grundsicherung großer Bevölkerungsteile wie das Grundeinkommen werden weiter diskutiert werden.

**Zukunft: Freizeit : Lebensqualität**

Freizeit wird (auch) in Zukunft als gigantischer Job-Motor fungieren. Daneben wird es auch weiterhin ehrenamtliches Engagement mit allen Chancen und Risiken geben; die Entwicklung vom Versorgungs- hin zum Erlebniskonsum zeichnete Popp am Beispiel der Shopping Cities, die zunehmend als Treffpunkte, Kommunikationszentren und Spielplätze für Jung und Alt dienen werden. In Zukunft werde es notwendig sein, Bürger vermehrt zu Partizipation und solidarischem Engagement zu animieren.

© Büro für Öffentlichkeitsarbeit und Kulturservice Universität Innsbruck

# 07

Thema: Globalisierung

Gastgeber: Dr. Martin Koch (Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie)

## Globalisierung

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Die **Globalisierung** ist der Vorgang der zunehmenden weltweiten Verflechtung in allen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt, Kommunikation etc.). Diese Verdichtung der globalen Beziehungen geschieht auf der Ebene von Individuen, Gesellschaften, Institutionen und Staaten. Als wesentliche Ursachen der Globalisierung gelten der technische Fortschritt (siehe auch: Digitale Revolution), insbesondere in den Kommunikations- und Transporttechnologien, sowie die politischen Entscheidungen zur Liberalisierung des Welthandels.

## Globalisierung der Wirtschaft

### Kapital- und Warenverkehr

Der weltweite statistisch nachweisbare Warenhandel stieg zwischen 1950 und 2007 auf über das 29-fache, während die statistisch dokumentierte Produktion von Gütern sich nur auf das 8,6-fache vergrößerte. Die Zahl der direkten Auslandsinvestitionen stieg zwischen 1970 und 2007 von 13 auf mehr als 1.800 Milliarden US-Dollar. Weitere Höchstwerte von jeweils rund 1.400 Mrd. US-Dollar erreichten die laufenden ausländischen Direktinvestitionen in den Jahren 2000 und 2006. Von 1980 bis 2007 stieg das Welthandelsvolumen von 2,4 auf 17,0 Billionen US-Dollar. Im Jahr 2007 wurden weltweit Waren im Wert von etwa 13.600 Mrd. US-Dollar und Dienstleistungen in der Höhe von etwa 3.300 Mrd. US-Dollar exportiert.

- Einfluss der Industriestaaten: Moderne Industriezweige benötigen heute für ihre spezialisierten und qualitativ hochwertigen Waren Märkte, die die Nachfrage ihrer heimischen Volkswirtschaft übertreffen. Diese Märkte finden sie zu einem Großteil in anderen Industrieländern, zum Teil – insbesondere in den Konsumgüterindustrien – auch in Entwicklungsländern.
- Einfluss der Schwellenländer: Schwellenländer haben durch relativ niedrige Löhne bei relativ niedrigen Lebenskosten die Möglichkeit, Anschluss an die Weltwirtschaft, Wirtschaftswachstum und verhältnismäßigen Wohlstand zu erreichen. Andererseits führt Marktöffnung und Ausrichtung für Weltmärkte oft zu drastischem Strukturwandel, dessen Schattenseite der Niedergang nicht international wettbewerbsfähiger Branchen in bedeutendem Umfang sein kann.
- Einfluss der Entwicklungsländer: Entwicklungsländer, die von politischer Instabilität, mangelhafter Rechtssicherheit und unzureichender Infrastruktur geprägt sind, können in der Regel selbst bei niedrigsten Löhnen kaum produktive Auslandsinvestitionen anziehen. Auf diese Weise sind Entwicklungsländer häufig vom Globalisierungsprozess ausgeschlossen, was ihre Rückständigkeit noch verstärkt.
- Rolle von produzierenden Unternehmen: Viele Unternehmen produzieren mittlerweile weltweit (Global Players) und haben so die Möglichkeit, die unterschiedlichen Arbeitskosten-, Investitions-, Steuer- und sonstige Bedingungen in den unterschiedlichen Ländern zu ihren Gunsten innerhalb des Unternehmens zu nutzen. National operierende kleinere Unternehmen, die diese Möglichkeiten zunächst nicht

haben, sind durch die Konkurrenz international operierender Unternehmen vielfach in ihrer Existenz bedroht. Viele sehen sich gezwungen, ihrerseits z. B. Arbeitsplätze in „Billiglohnländern“ zu verlegen, was wiederum negative Rückwirkungen auf Arbeitsmärkte und heimische Nachfrage in „Hochlohnländern“ haben kann, wenn dort keine entsprechend entlohnten neuen Arbeitsplätze entstehen

- Einfluss von Banken und Finanzwesen: Finanzintermediäre gelten als die Hauptbeschleuniger der Globalisierung, denn mittels moderner EDV lassen sich Milliardenbeträge innerhalb von Sekunden über den Globus verschieben. Die Finanzunternehmen stehen dabei als Folge der Globalisierung selbst in einem intensiven globalen Wettbewerb um möglichst rentable Anlagemöglichkeiten. Dies führt dazu, dass sie ihrerseits Geldanlagen mit dem Ziel hoher Profite tätigen und so soziale Aspekte in den Hintergrund treten und andererseits selbst zu Kosteneffizienz gezwungen sind (vgl. Private-Equity-Gesellschaften/„Heuschreckendebatte“). Durch die schnellen Bewegungen auf dem Devisenmarkt entstehen Risiken der Instabilität für die einzelnen Währungen (vgl. Debatte um Tobin-Steuer).
- Regionalisierung: Globalisierung verstärkt den Druck auf einzelne Länder, sich zu regionalen Wirtschaftsräumen zusammenzuschließen.

### **Mobilität von Personen**

Eine Zunahme der Migrationsbewegungen seit dem zweiten Weltkrieg erscheint vielen als eine der Triebfedern zunehmender Globalisierung. Aufgrund nationalstaatlicher Immigrations-Anreize (bspw. „Greencard“) für qualifizierte Arbeitskräfte sowie der wachsenden Bedeutung multinationaler Konzerne, vermuten Globalisierungstheoretiker eine verstärkte Mobilität des Personals – insbesondere der Hochqualifizierten

### **Transport und Personenverkehr**

Die Zahl der Personen-Kilometer im internationalen Flugverkehr und die Transportmenge der Luftfracht haben sich seit 1950 mehr als ver Hundertfacht. 2008 wurden weltweit täglich über 6,7 Mio. Passagiere auf In- und Auslandsflügen befördert. Und die grenzüberschreitend beförderte Luftfrachtmenge lag im Jahr 2008 bei über 25 Millionen Tonnen. Da die Fracht im Durchschnitt 5.200 Kilometer transportiert wurde, belief sich das Luftfrachtaufkommen auf etwa 131 Milliarden Tonnen-Kilometer auf internationaler Ebene.

Auch der Umfang der zu See transportierten Güter ist seit 1920 stark gestiegen. 2007 wurden über 8 Milliarden Tonnen über 4100 Seemeilen transportiert. Das Seefrachtaufkommen hat sich allein in den vergangenen vier Jahrzehnten von weniger als 6.000 Milliarden Tonnen-Meilen auf über 32.930 Milliarden Tonnen-Meilen (Stand: 2007) erhöht. Mit der Ausweitung des Zug-, Automobil- und Luftverkehrs weiten sich der grenzüberschreitende Personenverkehr und der Tourismus aus.

### **Kommunikation und Internet**

Die Zahl der Telefonanschlüsse am weltweiten Telefonnetz hat sich seit 1960 verzehnfacht. Neben dem Telefon entwickeln sich mit dem Mobiltelefon, der VoIP-Telefonie, der Videokonferenz über IP, dem Fax und dem Internet neue Kommunikationstechnologien. Internetbasierende Telefonie ermöglicht eine global vernetzte Zusammenarbeit durch eine praktisch kostenlose permanente Kommunikationsverbindung in hoher Qualität. Vor allem über das Internet haben sich die grenzüberschreitenden Kommunikationsprozesse vervielfacht und die Zahl der Internetanschlüsse steigt weiter exponentiell, allerdings über den Globus sehr ungleich verteilt und in totalitär regierten Ländern streng überwacht. Während zu Beginn der 90er Jahre gerade einmal ein paar Tausend Rechner miteinander

verbunden waren, sind es heute alleine in Deutschland schon weit über 30 Millionen. Weltweit stieg die Anzahl der PCs von 120 Millionen im Jahr 1990 auf 650 Millionen im Jahr 2003.

### **Globalisierung der Politik**

Die Globalisierung der Politik ergibt sich aus den Folgen der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung. Es entstehen neue Probleme, die aufgrund der begrenzten nationalen Möglichkeiten nicht ohne eine globale Kooperation gelöst werden können.

### **Globalisierung der Kultur**

Die mit der Globalisierung einhergehende Diffusion von kulturellen Praktiken, Formen des Ausdrucks und Ideen führt nach Byung-Chul Han zu einer von ihm sogenannten Hyperkulturalität. Im Zuge der Globalisierung lösen sich die kulturellen Ausdrucksformen (Bilder, Klänge, Vorstellungen, Symbole, Rituale etc.) von ihrem ursprünglichen Ort und zirkulieren im „globalen Hyperraum“. Die Kulturen werden entgrenzt zu einer Hyperkultur. Nicht Grenzen, sondern Vernetzungen und Vermischungen organisieren den Hyperraum dieser Kultur. Dabei charakterisiere das Nebeneinander und die Gleichzeitigkeit des Verschiedenen die Hyperkultur. Im Vergleich zu Kulturen der Innerlichkeit stellt die Hyperkultur, so Han, eine offene und somit ent-innerlichte Kultur dar.

Befürworter einer Globalisierung der Kultur sehen darin eine Entwicklung zur weltweiten Verfügbarkeit von Elementen aller Kulturen (beispielsweise Restaurants deutscher Tradition in Afrika, afrikanische Musik in Deutschland, das in Indien erfundene Chicken Tikka in England, die Inbesitznahme der englischen Sprache durch ehemalige Kolonien etc.). Die Verdrängung der einheimischen Kulturen spiele sich häufig nur auf einer oberflächlichen Ebene ab. Einflüsse würden lokal modifiziert und in die eigenen kulturellen Wertvorstellungen eingebunden. Außerdem verbessere sich die Situation von vielen Menschen bzw. Menschengruppen durch den Kontakt mit der westlichen Kultur (zum Beispiel durch eine erhöhte Gleichberechtigung der Frau). Das Konzept der Hyperkulturalität verweist auf die kulturelle Dynamik der Globalisierung, die über die Inter-, Multi- oder Transkulturalität hinausgeht. Des Weiteren bilde sich eine „universale“ Kultur heraus, es entstünden aber auch hybride Formen aus verschiedenen Traditionen und der Moderne (Postmoderne) – und danach der Postpostmoderne usw.

## 08

**Thema: Älter werdende Gesellschaft**

**Gastgeber: Peter Enste (Fachhochschule Gelsenkirchen, Institut für Arbeit und Technik)**

### **Älter werdende Gesellschaft: Kultur unter dem Blickwinkel des demografischen Wandels**

*Peter Enste*

Es gibt mehrere Aspekte, unter denen man die Verbindung „Alter und Kultur“ beleuchten kann:

1. Ältere Menschen als Kulturschaffende;
2. Ältere als Kulturträger und/oder –mittler;
3. Ältere Menschen als Kulturkonsumentinnen und –konsumenten.

Welche Bedeutung hat nun der demografische Wandel auf die genannten unterschiedlichen Aspekte? Diese Frage ist zunächst einmal leicht zu beantworten: Durch das prozentuale und absolute Anwachsen der älteren Bevölkerung wird sowohl die Anzahl der potenziellen „aktiv Kultur Schaffenden“ als auch die potenzielle Anzahl älterer Konsumentinnen und Konsumenten anwachsen. Um dieses künftige Potenzial auch aktivieren zu können, müssen die Weichen rechtzeitig gestellt werden, damit das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nicht in Schieflage gerät.

Auf den ersten Blick ergeben sich eine Reihe von „driving forces“, die für eine positive Entwicklung im Bereich der Kulturwirtschaft sorgen können:

- Durch den Anstieg der Lebenserwartung verlängert sich auch die Freizeit, die es im Alter zu nutzen gilt. Hierbei können Angebote aus dem Bereich der Kulturwirtschaft gute Dienste leisten.
- Es kann ein positiver Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Nutzung von kulturellen Angeboten festgestellt werden. Demnach wird sich mit dem allgemein steigenden Bildungsniveau der älteren Menschen die Nachfrage nach kulturellen Angeboten erhöhen.
- Die Einkommenssituation und das Konsumverhalten der älteren Menschen haben sich in den letzten Jahren deutlich positiv entwickelt. Ältere Menschen leben heute weitgehend in einer guten finanziellen Situation und sind zudem bereit, ihr Einkommen in Produkte und Dienstleistungen zu investieren. So geben 70% der Seniorenhaushalte in einer Umfrage an, gelegentlich eine Kulturveranstaltung zu besuchen. 37% der Seniorenhaushalte geben jährlich einen Betrag zwischen 102 und 255 Euro für kulturelle Veranstaltungen aus (Konzerte, Musicals etc.).

Es gibt allerdings eine Reihe von Problemen und Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen:

- Weite Teile der Kulturwirtschaft sind äußerst preiseempfindlich, d.h. wird die gesamtwirtschaftliche Situation eher negativ wahrgenommen, wirkt sich dies auch negativ auf das Konsumverhalten aus. So hat beispielsweise die in den letzten



Jahren eher von Zukunftsangst geprägte Stimmung in Deutschland zu einem Rückgang des Wachstums in der Kulturwirtschaft geführt.

- Ein Teil der älteren Menschen (das trifft vor allem auf die Gruppe der Hochaltrigen zu) ist aufgrund von altersbedingten körperlichen Beeinträchtigungen nur erschwert in der Lage, aktiv am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. Dies ist sicherlich ein Grund für die Tatsache, dass mit zunehmendem Alter die Nachfrage nach Angeboten aus dem Bereich Kultur und Bildung zurückgeht.
- Die demografische Entwicklung verläuft in Nordrhein-Westfalen nicht gleichmäßig. So wird es in Zukunft Teile im Land geben, die deutlich stärker von den Folgen der demografischen Entwicklung betroffen sein werden, als andere Regionen.
- Die Gruppe der älteren Menschen ist sehr heterogen: Unterschiedliche Sozialisationen, Bildungsniveaus, zeitgeschichtliche Hintergründe lassen erschwert verallgemeinerte Aussagen über die Wünsche und Bedürfnisse der älteren Menschen zu.

Eine Reihe von Maßnahmen kann dazu beitragen, geeignete Wege zu finden, die Probleme und Schwierigkeiten zu lösen. Hierzu zählen u.a.:

- Die Wünsche und Bedürfnisse der Zielgruppe müssen noch transparenter gemacht werden. Dies gilt besonders für Teile der älteren Bevölkerung, deren Wünsche und Bedürfnisse bislang eher defizitär erforscht wurden (beispielsweise ältere Menschen mit Migrationshintergrund).
- Die Wünsche und Bedürfnisse müssen in die kulturellen Angebote übertragen werden. In diesem Prozess ist häufig eine duale Vorgehensweise zu empfehlen: Zum einen gilt es, das Interesse an Hochkultur zu bedienen, zum anderen müssen kulturelle Angebote die Wünsche der älteren Menschen erfüllen, die sich weniger für Kulturangebote im klassischen Sinn interessieren.
- Teile der älteren Bevölkerung dürfen nicht vom kulturellen Leben ausgeschlossen werden. Daher muss es ausreichend Angebote geben, die für einkommensschwächere Haushalte gut zu finanzieren sind.
- Um die ungleichmäßige demografische Entwicklung auffangen zu können, ist eine „Kultur der Kooperationen“ notwendig. Um die stärker betroffenen Regionen zu entlasten, müssen in Zukunft Städtenetzwerke oder andere Kooperationen von unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen entstehen.
- Die Veranstaltungsorte sollten weitestgehend barrierefrei gestaltet sein. Wenn dies nicht möglich ist, müssen Alternativen geschaffen werden, so dass die Angebote auch für körperlich beeinträchtigte Personen zugänglich sind. Zudem sollten die Orte gut an das Straßennetz und an den öffentlichen Personenverkehr angebunden sein. An dieser Stelle kann auch über die Integration geeigneter individueller Fahrdienste nachgedacht werden.
- In diesem Zusammenhang müssen zudem „mentale Barrieren“ abgebaut werden: Es gibt zahlreiche Punkte, die sich in den Köpfen festgesetzt haben („Was ziehe ich an?“, „Wie komme ich an meinen Platz?“, „Was mache ich, wenn ich zu spät komme?“ etc.), Hemmungen verursachen und letztendlich zum Kulturverzicht bei

älteren Menschen führen. Durch die Ausweitung von Service- und Beratungsangeboten können diese Schwierigkeiten abgebaut werden.

- Obwohl die Zielgruppe der älteren Menschen sehr heterogen ist, lassen sich einige zentrale Aussagen über ihr Konsumverhalten treffen. Ältere Menschen legen einen hohen Wert auf qualitativ hochwertige Angebote und sind auch dazu bereit, mehr Geld zu investieren, wenn die Angebote über eine umfassende Service- und Beratungsfunktion verfügen.

## 09

### **Thema: Multikulturelle Gesellschaft**

**Gastgeber: Gabriele Sonnenberg (Stadt Bielefeld, Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten)**

#### **Multikulturelle Gesellschaft, kritische und provozierende Ausführungen von Prof. Dr. Paul Mecheril, Universität Oldenburg**

In den 80er Jahren des zurückliegenden Jahrhunderts hat sich in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit der Begriff der "Multikulturellen Gesellschaft" als Beschreibung eines gesellschaftlichen Zustandes kultureller, nationaler und ethnischer Pluralität eingebürgert. Mit diesem Begriff verband sich der Versuch, die Realität einer Gesellschaft zu beschreiben, die sich nicht nur vorübergehend und nicht allein unter einer bestimmten Hinsicht, sondern dauerhaft und unübersehbar aus unterschiedlichen "kulturellen Gruppen" zusammensetzt. Nach einer ersten Euphorie, im Zuge derer der Ausdruck eher naiv benutzt werden konnte, sind sehr schnell etliche Probleme benannt worden, die sich mit dem Begriff verbinden.

#### **Fixierende Konstruktion des Anderen im Multikulturalismus**

Prinzipiell ist das Nachdenken über Bezeichnungen und über sie vermittelte Verständnisse insofern wichtig, als Begriffe und Konzepte Gegenstandsbereiche konstituieren. Wenn wir feststellen, dass wir in einer Realität der Differenz leben, hat dies andere Handlungskonsequenzen als wenn wir aussagen, dass wir in einer Welt der Gemeinsamkeit oder auch in einer Welt der Ungleichheit leben.

Sozialwissenschaftliche Diagnosen über gesellschaftliche Sachverhalte haben soziale Folgen und sind mithin als soziale Phänomene zu betrachten. So ist beispielsweise aus der Pädagogik und insbesondere der sogenannten "Ausländerpädagogik" bekannt, wie aus Diagnosen etwa über Identität(sdiffusion) und Kultur(konflikt) professionelle Begriffe und Handlungskonzepte erwachsen, die einerseits Defizit-Bilder über Migrantinnen und Migranten festschreiben, andererseits strukturelle Bedingungen der Entstehung potentieller individueller Belastungen ausblenden.

#### **Der Begriff der "Multikulturellen Gesellschaft" ist eine Diagnose über den Sachverhalt gesellschaftlicher Pluralität und Diversität**

Der Begriff der "Multikulturellen Gesellschaft" ist eine Diagnose über den Sachverhalt gesellschaftlicher Pluralität und Diversität, der erkenntnisbezogene, aber auch soziale Folgen hat, welche insofern problematisch sind, als sie Vorstellungen und Bilder von „kulturell“ oder „ethnisch“ Anderen zeichnen, die diese Anderen in ihrer Handlungsfähigkeit eher einengen als unterstützen.

Allgemein kann der Begriff Multikulturalität dahingehend problematisiert werden, dass mit ihm eine Festschreibung und ein Starkmachen von Unterschieden - etwa auf der Ebene von Nation oder Ethnie betrieben wird.

Der Kulturbegriff in der Rede von Multikulturalität ist häufig schlicht mit Nationalität verknüpft. Kulturelle Zugehörigkeit wird über nationale Zugehörigkeit definiert. Damit trägt der Begriff Multikulturalität zur Stärkung des nationalstaatlichen Denkens bei, das "Wir" und "Nicht-Wir" - gelegentlich in einer fraglosen Art und Weise - als Funktion nationalstaatlicher Zugehörigkeit begreift.

Eine multikulturelle Gesellschaft besteht aus nationalen Gruppen. Durch diese Perspektive wird die Bedeutung des Nationalen für die Unterscheidbarkeit von Gruppen in den Vordergrund gerückt. Eine andere Assoziation ist die mit Ethnizität.

Multikulturelle Gesellschaften bestehen in dieser Variante aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen. Hier wird mit dem Begriff der multikulturellen Gesellschaft ein Starkmachen des Ethnischen, der ethnischen Differenz betrieben, was zuweilen das Ethnische erst erzeugt.

### **Wenn wir von Multikulturalität reden, dann gehen wir davon aus, dass es Differenzen gibt und bestärken**

Die multikulturelle Gesellschaft besteht aus Türken, Italienerinnen, Deutschen, Marokkanern ..., und diese Rede ist darauf angewiesen, dass die konstatierte Unterschiedlichkeit, die Distinktion der Personengruppen gewahrt bleibt. Im Rahmen dieser Differenzfeststellung wird der und die Andere als national, kulturell und oder ethnisch anders erkannt.

Die Multikulturelle Gesellschaft unterscheidet, indem sie durch die Brille nationaler, ethnischer und kultureller Differenzen schaut und das Andere als national, ethnisch und oder kulturell anders konstruiert: Nationalisierung - also das Unterscheiden zwischen "Wir" und "Nicht-Wir" in einer nationalen Semantik, Ethnisierung - also der Prozess der Zuschreibung ethnischer Zugehörigkeit - und Kulturalisierung – der Prozess, in dem die kulturelle Herkunft und Position von Menschen als hervorstechendes und prägendes Merkmal für Identität und Verhalten dieser Person angesehen wird – sind die bekannten Verfahren der Erzeugung des Anderen im Multikulturalismus.

### **Ausblenden der Dimension der ökonomischen, politischen, sozialen und rechtlichen Ungleichheit**

Diese Festlegungen und Fokussierungen sind insbesondere dann problematisch, wenn „Kultur“ oder ethnische oder nationale Gruppenzugehörigkeit auf bloße Inhaltlichkeit reduziert und wenn der Unterschied zwischen Personengruppen ganz auf Unterschiede zwischen kulturellen Praktiken beschränkt wird.

Dies ist aber eine ganz unzutreffende Perspektive auf soziale Verhältnisse, blendet sie doch die Dimension der ökonomischen, politischen, sozialen und rechtlichen Ungleichheit aus. In dieser Ausblendung wird eine spezifische Festlegung des und der Anderen betrieben.

In einer multikulturellen Gesellschaft ist klar, wer die je Anderen sind, es sind jeweils die, die nicht zu meiner "Kultur" gehören, die Türkinnen, Italiener, Deutschen, Marokkanerinnen ... Hierbei kann diese Konstruktion des und der Anderen sowohl xenophob, motiviert sein: Der konstruierte Andere wird zurückgewiesen, weil seinem konstruierten Anderssein ein vermeintliches Bedrohungspotential innewohne. Aber auch - was wir vor allem eher bei den "Ausländerfreunden" vorfinden - die exotistisch motivierte Fixierung des und der Anderen ist bekannt<sup>1</sup>: Die Andere wird dabei ganz auf ihr faszinierendes Anderssein festgelegt, das fortan gehalten ist, den Standards der schillernden, betörenden, beeindruckenden, ablenkenden Andersheit zu genügen.

Zum Teil werden diese Unterschiede auf der Ebene der zugestandenen Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen und Strukturen auch ganz offen in Multikulturalismus-Konzepten bejaht.

### **Was bedeutet in diesem Zusammenhang interkulturelle Öffnung?**

In den Materialien zum 6. Familienbericht (2000) wird das Konzept der Interkulturellen Öffnung bezogen auf die Institution Schule treffend auf den Punkt gebracht: „Die Kernfrage

ist, wessen Schule ist das hier? Ist es Eure Schule oder ist es unsere Schule? Ist es eine deutsche Schule, oder eine Schule in Deutschland?“

Interkulturelle Öffnung meint also: Die sozialen Dienste und Bildungseinrichtungen reagieren auf eine gesellschaftliche Realität und bemühen sich darum, die bestehende Angebotsstruktur für die spezifischen Bedürfnissen von Migrant/innen zu öffnen. Dabei stellen sich die Institutionen immer eine doppelte Herausforderung: dem Abbau bestehender Zugangsbarrieren zwischen Migrant/innen und Institutionen, sowie der Entwicklung des fachlichen Handelns in Bezug auf diese Zielgruppe.

Interkulturelle Öffnung beschreibt damit eine bewusste Auseinandersetzung mit der eigenen (institutionellen) Kulturgebundenheit, mit dem Ziel, die Orientierung an der Mehrheitskultur als alleinigen Maßstab für das eigene Wahrnehmen und Handeln in Frage zu stellen und sich als Institution für die Begegnung und Auseinandersetzung mit Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung zu öffnen. Eine *Öffnung* in diesem Sinne beschreibt einen Prozess, der auch *offen* ist für Veränderung und Weiterentwicklung der eigenen (Institutions-)Kultur.

### **Was ist erforderlich?**

Diese gesellschaftskritische Perspektive der Interkulturellen Öffnung fordert für Einrichtungen, die sich diesem Prozess stellen, eine gesellschaftliche Unterstützung und finanzielle Absicherung. Zum einen müssen die zusätzlichen Kosten in der Regelfinanzierung enthalten sein, zum anderen brauchen vor allem die Prozesse einen Anschlag durch Projektgelder. Dabei ist zu betonen, dass es sich nicht um eine *Sonderleistung für Ausländer* handelt, sondern zusätzliche Kosten durch eine nachholende Entwicklung aufgrund der jahrelangen Negation der gesellschaftlichen Realität entstünden.

### **Betonung der Kultur oder ...**

Dass das Konzept der Interkulturelle Öffnung trotz dieses kritischen Potentials wie beschrieben Karriere gemacht hat, hat im Wesentlichen zwei Gründe: es bleibt theoretisch und praktisch wenig eindeutig und daher interpretierbar.

Durch die Betonung der *Kultur* - statt beispielsweise von Chancengleichheit, Diskriminierung oder gar Rassismus zu sprechen - war es in besonderer Weise in ganz anderem Sinne *offen* für Interpretation. *Kultur* ist so weit interpretierbar, dass jede/r das verstehen kann, was in das eigene Konzept passt. So lässt sich auch das multikulturelle Bild der Salatschüssel als bunte Mischung von nebeneinander bestehenden, aber eindeutig definierbaren ethnisch-kulturellen gesellschaftlichen Gruppen gut mit dem Konzept der interkulturellen Öffnung verbinden.

### **Schritt für Schritt**

Es gibt keine messbaren und überprüfbaren Kriterien wie beispielsweise bei einer Quotierung. Es bleibt bei vagen Absichtserklärungen. Politisch und auch für den institutions- oder verbandsinternen Diskussionsprozess mögen das trotzdem wichtige Meilensteine sein. Eine Veränderung der Praxis muss damit noch nicht zwingend einhergehen. Wenn die Konzepte an der Basis ankommen, ist oft zu erleben, dass sie sich mühelos mit einer Praxis verbinden, in der von Empowerment und Partizipation wenig mehr zu sehen ist, sondern es vielmehr nach wie vor um einen spezifischen Umgang mit einer Klientengruppe mit spezifischen Förderbedarf geht.

Die beschriebenen zum Teil paradoxen Anforderungen dürfen nun weder zur Lähmung („Ich kann es nicht richtig machen...“) noch zur Beliebigkeit („Ich kann es ohnehin nicht richtig machen ...“) führen.

Es geht eher darum, sich auf einen fehlerfreundlichen und kreativen Lernprozess einzulassen, der geprägt ist von einem gelassenen Mut zu handeln und Fehler zu machen, von der Bereitschaft, sich dabei immer wieder verunsichern zu lassen und das eigene Handeln zu reflektieren und von der Offenheit, daraus für das nächste Mal zu lernen. (Mecheril 2004, S. 225)

### **Ziel kann sein ...**

Ziel kann nicht eine Verhaltenssicherheit durch Kenntnis des Anderen sein, sondern eine Sensibilisierung auf mögliche Differenzen, die in der Begegnung nicht aufgelöst werden können, also ausgehalten werden müssen. Sich darauf einzulassen, bietet nicht mehr Sicherheit, sondern vermindert die Gewissheit, den Anderen richtig verstanden zu haben. Diese Verhaltensverunsicherung ist eine wichtige Voraussetzung einer gelungenen Kommunikation.

Es geht darum, zum Fragen, zur Neugier, zum Dialog auf Augenhöhe anzustiften. Dies zu lernen, ist aber - wie oben ausgeführt - vor allem eine Aufgabe der „kulturellen“ Mehrheit, die es in ihrer der strukturell „mächtigen“ Position im Gegensatz zu der Minderheit nicht „nötig“ hat, diese Sicherheit aufzugeben. Interkulturelle Kompetenz bedeutet in diesem Sinne, sich auf jede Situation mit der Bereitschaft zur Unsicherheit neu einzulassen. Sie beinhaltet zuerst die kritische Reflexion von eigenen Bildern und Wahrnehmungsstrukturen, die ein „(An-)Erkennen“ behindern, sowie die neugierige Erforschung der Handlungsgründe der „Anderen“. Rezepte für richtiges Handeln gibt es nicht.

Dieses Lernen durch Verunsicherung den einzelnen Akteuren zu ermöglichen, ist die Aufgabe einer Interkulturellen Öffnung. Die Einrichtung selbst muss eine lernende und Unsicherheit aushaltende Organisation werden, um sich zu einer zu einer differenzsensiblen Organisation<sup>14</sup> zu entwickeln. Dabei - und das ist vielleicht das schwierigste - sollten die Prozesse nicht über die Köpfe der Betroffenen - neben den Mitarbeiter/innen auch die Klient/innen (!) hinweg erfolgen.

Quelle: [www.ida-nrw.de/projekte-interkulturell-nrw/such.../mecheril.pdf](http://www.ida-nrw.de/projekte-interkulturell-nrw/such.../mecheril.pdf)

## **10**

**Thema: Bevölkerungsverlust in ländlichen Räumen**

**Gastgeber: Dirk Glaser (Südwestfalen Agentur, Olpe)**

Bitte beachten Sie dazu den Vortrag „Der demographische Wandel – Eine Herausforderung für Westfalen-Lippe“ von Dipl. Soz.-Wiss. Julia Vollmer von der Bertelsmann Stiftung. Frau Vollmer weist darauf hin, dass es inzwischen aktuellere Daten gibt; ein Blick auf [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de) dazu ist deshalb wichtig.

Den Vortrag haben wir der E-Mail beigefügt.

# 11

## Thema: Klimawandel und Umwelt

Gastgeber: Walter Neuling (Bezirksregierung Detmold)

### Klimawandel und Klimaschutz

*Walter Neuling*

1.

Der Klimawandel und insbesondere die anthropogen verursachte Erderwärmung ist keine abstrakte Gefahr, sondern an Klimadaten nachweisbare Realität. Weitgehend unstrittig ist, dass die weitere Entwicklung des Klimas in nicht unerheblichem Maße davon abhängt, inwieweit die Gesellschaften und Wirtschaft der Erde durch Emissionsbegrenzung entgegenwirken können.

2.

Die Geographische Kommission für Westfalen hat auf Basis eines Rechenmodells des Max-Planck-Instituts ein Klimaszenario 2007- 2060 für Westfalen dargestellt.

Danach sind folgende Entwicklungen anzunehmen: Im Mittel wird die Jahresmitteltemperatur um 2,2° bis 2,4° steigen, im Ruhrgebiet und im Südosten des Gebietes auch etwas stärker. Die Zahl der Sommertage (über 25°) nimmt um 15-35 Tage signifikant zu.

Insbesondere an der Luv-Seite der Gebirge wird die jährliche Niederschlagsmenge um 60-130mm zunehmen, in Teilgebieten um bis zu 210 mm (Jahresmittel heute 870mm, Spanne zwischen 600mm und 1400mm, um 2060 Mittel ca. 1000mm).

Die Regenmenge im Winter wird zunehmen, im Sommer abnehmen.

Die Zahl der Tage mit starkem Regen (mehr als 10mm/d) wird deutlich zunehmen.

3.

In Zeiten aufgeregter Berichterstattung scheint der Klimawandel in zunehmenden Maße die Funktion eines sozialen Konstrukts zu übernehmen. Dieses Konstrukt wird zum Abbild unserer vagen Zukunftsängste. Nüchternen Analysen und wissenschaftliche Argumente rücken in den Hintergrund. Man sollte dies nicht als typische Entwicklung einer sich immer schneller drehenden Nachrichtenspirale abtun. Angesichts der vorhandenen Szenarien ist eine besonnener gesellschaftlicher Diskurs und die Entwicklung und Umsetzung von Handlungskonzepten auf allen gesellschaftlichen Ebenen unausweichlich.

4.

Dabei müssen sowohl Strategien zur Vermeidung oder Minderung der prognostizierten Entwicklungen entwickelt werden (Klimaschutzstrategien, Energiewende) als auch Anpassungs- und Schutzstrategien für die real stattfindenden Veränderungen des Klimas.

5.

Die Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden, die Künstlerinnen und Künstler müssen sich wie in allen gesellschaftlichen Umbrüchen der Vergangenheit in diesen gesellschaftlichen Diskurs einbringen und Position beziehen oder vermitteln.



Ansätze und Fragestellungen hierfür sind:

- Kunst kann einen Beitrag zur Strategiedebatte leisten, durch Aufklärung und Denkanstöße, Emotionalität und Sachlichkeit
- Kunst kann die Frage nach der Rolle und Bedeutung des Einzelnen in diesen Prozessen aufwerfen, reflektieren und damit Halt geben
- Wie sieht die Zukunft von Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel aus?
- Kunst und Kultur müssen sich selbst die Frage nach ihrem Beitrag zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz stellen
- Können die sich in ihren Denkansätzen scheinbar widersprechende Kunst und Wissenschaft zur Bewältigung des Klimawandels methodisch ergänzen und befruchten?

# 12

## Thema: Verkehr/Mobilität

Gastgeber: Uli Beele (Nahverkehr Westfalen-Lippe, Unna)

### 1. Allgemein

Die Begriffe „Mobilität/Verkehr“ sind sehr allgemein und umfassen ein breites Spektrum von menschlichen Fortbewegungsmöglichkeiten vom Fußgänger über Autofahrer bis zum Luftverkehr. Über die Entwicklungen im Individualverkehr (Pkw) können hier nur grobe Angaben gemacht werden, der Fokus liegt eher auf dem Öffentlichen Verkehr bzw. bei der „Mischnutzung“ verschiedener Verkehrsmittel, wie sie zunehmend von der jüngeren Generation praktiziert wird.

### 2. Demografie

Ein sehr wesentlicher Hintergrund für die Entwicklung von Mobilität und Verkehr besonders im Raum Westfalen-Lippe (W-L) ist die demografische Entwicklung der Bevölkerungsstrukturen. Die Bevölkerung in Westfalen-Lippe wird bis 2016 um durchschnittlich 1,3 % sinken, bis 2030 sogar um rd. 6 % (Quelle: Statistisches Landesamt NRW). Zuwächse werden im Münsterland und im Raum Paderborn erwartet, während Ost- und Südwestfalen besonders viele Einwohner verlieren. Auch in den letzten 5 Jahren ist die Zahl der Menschen in W-L um rd. 1,1 % gesunken. Im gleichen Zeitraum stieg jedoch die Nachfrage z. B. im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) um 19 %. Nach Prognose des Bundesministeriums für Verkehr (...) wird die Verkehrsleistung im Personenverkehr von 2004 – 2025 um 17,9 % steigen, der Eisenbahnverkehr dabei sogar um 25,6 %. Leider klafft zeitgleich die Schere bei der Bedienung des ländlichen Raumes und den Ballungsräumen mit Angeboten im Nahverkehr immer weiter auseinander. Hier stehen die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung in der Pflicht, dem Recht auf Mobilität auch in den Regionen mit ländlich geprägter Bevölkerungsstruktur zu seinem Recht zu verhelfen.

**Fazit:** leicht rückläufige Bevölkerungszahlen haben kaum Einfluss auf die Mobilität, hier wird die Entwicklung vielmehr durch Parameter wie Benzinpreisentwicklung und allgemeines Mobilitätsverhalten beeinflusst. Das Mobilitätsverhalten der Menschen verändert sich stark und führt zu einer wesentlich stärkeren Nutzung vor allem der öffentlichen Verkehrsmittel. Hier prägen sich sowohl ein verändertes Nutzungsverhalten seitens der jüngeren Generationen, ein ausgeprägteres ökologisches Bewusstsein sowie eine längere und intensivere Mobilität der älteren Generationen aus.

### 3. Entwicklung des Mobilitätsverhaltens

Die Studie des Bundesverkehrsministeriums „Mobilität in Deutschland 2008 –MiD“ zeigt, dass der Pkw nach wie vor das wichtigste Verkehrsmittel ist, das Wachstum des motorisierten Individualverkehrs sich jedoch deutlich abgeschwächt hat. Im Gegenzug nehmen Öffentlicher Verkehr, Fahrradfahren und Fußwege an Bedeutung zu. Mittel- bis langfristig wird hier eine Trendwende erwartet. Freizeit und Einkaufen sind die häufigsten Mobilitätsanlässe, die Bedeutung von Arbeitswegen geht weiter zurück; eine Folge der Zunahme von Einpersonenhaushalten und Veränderung der Altersstruktur.

Interessant sind auch zwei beobachtete Tendenzen:

Das Mobilitätsverhalten in der Altersgruppe 20 -30 Jahre, vor allem in Ballungsräumen, verändert sich besonders schnell: die Bedeutung des eigenen Autos tritt in den Hintergrund, die Wahl des Verkehrsmittels erfolgt pragmatisch auf der Grundlage von Kosten, Zeit und Erreichbarkeit des Zieles. Ergebnis ist ein Mix aus Fußweg, Fahrrad, Öffentlicher Verkehr und Carsharing oder ähnliche Modelle. Die Mobilität der Altersgruppe 70+ ist im Vergleich zu früheren Erhebungen deutlich gestiegen. Mehr Senioren sind heute häufiger und länger unterwegs.

#### 4. Nachfrageentwicklung im Nahverkehr

Die Nutzung des ÖPNV in W-L erfreut sich seit langem langsamen, aber stetig wachsender Zuwächse. So konnte die Zahl der täglichen Fahrgäste im regionalen Bahnverkehr von 1997 – 2008 von unter 200.000 auf fast 350.000 gesteigert werden, einem Zuwachs von rd. 75 %. Hier schlagen auch die qualitativen Verbesserungen zu Buche, die durch den in W-L besonders forcierten Wettbewerb im SPNV erreicht werden konnten.

Aktuell meldet das Statistische Bundesamt für 2011 einen Rekord bei der Nutzung des Nahverkehrs: 10,9 Mrd. Menschen in Deutschland fuhren Bus + Bahn, d. h. jeder Deutsche fuhr im Schnitt 134 Mal im Jahr mit dem Nahverkehr. Mit einer durchschnittlichen Reiseweite von 9,5 km/Fahrt wurden somit insgesamt 102 Mrd. Personen-km erbracht, ein Plus zum Vorjahr von 1,6 %. Besonders deutlich fällt der Zuwachs im SPNV (+ 2,3 %) aus.

Aufgrund rückläufiger Schülerzahlen kämpft hingegen der straßengebundene ÖPNV vor allem im ländlichen Raum um seine finanzielle Grundlage, da die Ausfälle kaum durch Neukunden zu kompensieren sind.

#### **Exkurs: Wie sinnvoll wäre ein einheitlicher westfälischer Nahverkehrstarif?**

Die stark heterogene Landschaft der heutigen Nahverkehrstarife in W-L ist historisch gewachsen und berücksichtigt zahlreiche regionale/lokale Besonderheiten und die z. T. sehr unterschiedliche Nachfrage im Gesamttraum. Zugleich stellt sie jedoch ein erhebliches Zugangshindernis zum Nahverkehr dar. Eine einheitliche Lösung (wie sie derzeit in W-L angestrebt wird) könnte zu einer größeren Flexibilität, verbesserten Möglichkeiten der Kommunikation und Vermarktung und zu neuen attraktiven tarifangeboten (z. B für Senioren, Schülern u. a.) für den Gesamttraum führen.

#### 5. Verkehrliche Rahmenbedingungen (Infrastruktur, Finanzierung)

Die wichtigsten Rahmenbedingungen für jegliche verkehrliche Entwicklung ist die Schaffung, Optimierung und Erhaltung der entsprechenden Infrastruktur, sei es der Straßenbau, die Stationen und Schienenwege oder sonstige Infrastruktur. Die Finanzierung verkehrlicher Infrastruktur ist eine staatliche Aufgabe im Rahmen der Daseinsfürsorge. Entsprechende Förderprogramme von Bund, Land und Region sollen diese Aufgabe erfüllen. Es ist daher für den Raum W-L von größter Bedeutung, dass diese Fördermittel in angemessener Größenordnung (mit Blick auf den Ballungsraum Rhein-Ruhr) zur Verfügung gestellt werden. Bereits heute ist erkennbar, dass in vielen verkehrlichen Bereichen Investitionsstaus entstehen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass Großprojekte in anderen Bundes- oder Landesteilen einen Ausbau der Infrastruktur in den überwiegend ländlich geprägten Regionen erschweren bzw. verhindern. Zudem ist es von Bedeutung, dass neben

Straßenprojekten auch in die übrigen Verkehrssystem, vor allem die Bahnanlagen, investiert wird.

### **Exkurs: Revision der SPNV-Finanzierungsmittel in NRW**

Die soeben erfolgte Revision der SPNV-Finanzierung in NRW führt für den Raum W-L zu dem Ergebnis, dass die Finanzierung der Schienenverkehre auch in den nächsten Jahren gesichert ist. Dabei ist auch eine Ausdehnung des Angebotes in W-L um mittelfristig rd. 3 Mio. Zugkm enthalten. Damit kann die Verbindungsqualität zwischen den Ober- und Mittelzentren innerhalb von W-L und zu den Nachbarregionen ausgebaut werden.

### **6. Aktueller Trend: E-Mobilität (E-Bike, Elektroautos)**

Angesichts ständig steigender Preise für erdöl-basierte Treibstoffe erhält die E-Mobilität in jüngster Vergangenheit eine erheblich größere Bedeutung, zumal die technische Entwicklung, wie z. B. Speichermedien, große Fortschritte gemacht hat und weiterhin macht. Soeben hat die Bundesregierung 4 Modellregionen für Elektromobilität ausgewählt und mit 180 Mio. € Förderung bedacht. Damit soll ein Prozess beschleunigt werden, der u. a. bis 2020 1 Mio. Elektroautos auf die Straßen bringt.

Die E-Bikes der jüngsten Generation ermöglichen z. B. ausgeprägte touristische Fahrradangebote auch in geografisch schwierigen Regionen, wie z. B. dem Sauerland. Außerdem wird damit das Radfahren auch für Senioren deutlich interessanter. Insgesamt erhält der ohnehin boomende Fahrradmarkt weitere kräftige Impulse. Wurden 2010 noch rd. 200.000 E-Bikes verkauft, waren es 2011 bereits 310.000 (+ 55 %) – Tendenz weiter steigend.

Bei aller Begeisterung für E-Mobilität sollte aber nicht vergessen werden, dass der dort benötigte Strom auch erzeugt werden muss – und dies nicht allein aus regenerativen Quellen. Die Emissionsfreiheit der E-Fahrzeuge ist somit relativ.

### **7. Zukunftsvision: Verkehrsmittelmix vom Carsharing über den ÖPNV bis zur Nahmobilität – Zugangs- und Informationstechnik aus einer Hand**

Die Mobilität der Zukunft wird von unterschiedlichen Einflüssen geprägt: Rohstoffverknappung und ökologische Aspekte einerseits, technische Entwicklungen, pragmatische Wahl der Verkehrsmittel und verändertes Lebens- und Reiseverhalten andererseits können zu markanten Neu-Entwicklungen führen. Wie bereits angeführt, beginnen in den Großstädten Entwicklungen, die vor allem von der jüngeren Generation getragen werden und die auf eine neue undogmatische Weise auf das jeweils günstigste, schnellste bzw. verfügbare Verkehrsmittel zugreift. Der Pkw verliert seine Bedeutung als Statussymbol. Carsharing und ähnliche Systeme werden ausgebaut und mit anderen Verkehrsträgern vernetzt.

Die wichtigste Veränderung dürfte jedoch durch technische Entwicklungen eintreten: bereits heute werde über Smartphone und Co. zahllose Informationen mobil und online verfügbar. Im ÖPNV wachsen aktuell mit rasantem Tempo neue Vertriebsformen, die unter dem Begriff „E-Ticketing“ bargeldloses Bezahlen im Nahverkehr ermöglichen. In ersten Ansätzen werden diese Modelle bereits verknüpft mit anderen Verkehrsmittel-Angeboten und z. T. sogar mit weiteren z. B. städtischen Angeboten (Bibliotheken, Kultur- und Freizeiteinrichtungen usw.). Daraus kann die

Vision eines intelligenten Mix der diversen Verkehrsmittel entstehen, die je nach Ziel, Reiseweite und Anlass gewählt wird. Die dazu notwendigen Informationen sowie die tarifliche Abwicklung erfolgt online im Moment des Bedarfs. Gespeist von (hoffentlich) regenerativen Energien und betreut von einem übergeordneten Leitsystem kommt jeder stau- und unfallfrei ans Ziel.

# 13

**Thema: Bürgerschaftliches Engagement, Subsidiarität**

**Gastgeber: Catrin Boss (NRW-Kulturministerium, Referat 214 – Bürgerschaftliches Engagement, Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen, Düsseldorf)**

## Definition und Bedeutung

Bürgerschaftliches Engagement hat eine eigene Handlungslogik. Damit unterscheidet es sich von anderen Tätigkeiten wie etwa der Erwerbsarbeit.

Bürgerschaftliches Engagement

- wird freiwillig ausgeübt,
- ohne materielle Gewinnabsicht und
- ist auf das Gemeinwohl ausgerichtet.

Ehrenamtliche Tätigkeiten finden meistens gemeinschaftlich und öffentlich bzw. im öffentlichen Raum statt.

Engagement bringt in der Regel auch den Menschen etwas, die es ausüben. Es erweitert und bereichert zum Beispiel ihr Wissen und ihre Kompetenz und sie knüpfen und pflegen soziale Beziehungen.

Für die Bürgergesellschaft ist das Bürgerschaftliche Engagement wichtig weil es zum sozialen Zusammenhalt beiträgt. Es fördert die gesellschaftliche Teilhabe und gibt Denkanstöße. Gleichzeitig kann die ehrenamtliche Tätigkeit eine Erweiterung des eigenen Horizonts bedeuten und helfen, neue Lebens- bzw. Übergangsphasen sinnvoll zu gestalten.

## Daten und Fakten

Rund ein Drittel der über 14-jährigen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen ist freiwillig engagiert. Ein weiteres Drittel wäre dazu grundsätzlich bereit. Auf die Gesamtbevölkerung bezogen ist die Quote der freiwillig Engagierten in NRW seit 1999 stabil. Ein kontinuierlicher Rückgang der Engagementquote ist jedoch bei den 14- bis 30-jährigen zu beobachten (1999: 37 %, 2009: 29 %). Ein deutlicher Zuwachs zeigt sich hingegen bei den 31- bis 45-jährigen, die sich damit zur aktivsten Altersgruppe entwickelt hat (41 % Engagierte). Deutlich angestiegen ist auch der Anteil der Engagierten bei den über 60-jährigen.

Sehr positiv entwickelt sich das Engagement in den Regierungsbezirken Münster und Detmold. Mit 38 % bzw. 39 % Engagierten im Jahr 2009 verzeichneten sie einen deutlichen Zuwachs im Vergleich zu 1999 (34% bzw. 33 %) und waren damit 2009 Spitzenreiter in NRW.

Freiwilliges Engagement findet in vielfältigen Bereichen statt. „Sport und Bewegung“ ist der größte. „Kultur, Kunst, Musik“ steht mit 4 % der dort Engagierten auf Rang sechs hinter „Freizeit und Geselligkeit“.

Die Beweggründe, sich ehrenamtlich zu engagieren, sind ebenso vielfältig wie die Einsatzfelder. Viele Menschen wollen durch ihr Engagement „die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten“. Ein weiteres wichtiges Motiv ist die Möglichkeit, andere Menschen

kennenzulernen und gemeinschaftlich etwas zu unternehmen. Auch der Aspekt, durch das Engagement Qualifikationen zu erwerben, kann eine Rolle spielen.

Zentrale Organisationen für die Bildung und Aktivierung für Bürgerschaftliches Engagement sind nach wie vor die Vereine. In NRW waren 2009 die meisten freiwillig Tätigen in Vereinen organisiert (42%).

### **Engagement und Kultur**

Bürgerschaftliches Engagement spielt für die Entwicklung der Kulturlandschaft eine nicht unwesentliche Rolle: viele Einrichtungen und Angebote sind durch Engagement und Selbstorganisation entstanden und erst später von der öffentlichen Hand unterstützt bzw. übernommen worden. Und viele Institutionen werden in ihrer Arbeit durch ehrenamtliche Aktivitäten ergänzt: z.B. museumspädagogische Arbeit, Betrieb von Stadtteilbibliotheken, Besucherringe, Theaterfreundeskreise, Bürgerinitiativen für Literaturhäuser, Fördervereine von Musikschulen oder Musik- und Heimatvereine.

Bürgerschaftliches Engagement bereichert und erweitert die Leistungen der Kultureinrichtungen. Es kann dazu beitragen, dass

- die Angebote bürgernäher organisiert sind,
- Bürgerinnen und Bürger sich stärker mit den Kultureinrichtungen ihrer Stadt identifizieren
- oder Menschen so überhaupt die Möglichkeit gegeben wird, am kulturellen Leben teilzuhaben, z.B. durch aufsuchende Kulturarbeit oder Patenschaften.

### **Thesen und Trends**

#### **- Demografischer Wandel als Chance für das Engagement**

Angesichts des gesellschaftlichen Alterungsprozesses gewinnen Engagement und Engagementbereitschaft von älteren Menschen an Bedeutung. Der bessere Gesundheitszustand wird dieser Gruppe künftig längere Aktivitätsphasen, auch hinsichtlich des Engagements, ermöglichen. Insbesondere der Kulturbereich ist für viele ein interessantes nachberufliches Tätigkeitsfeld.

#### **- Neue Engagementformen (nicht nur) für Jugendliche**

Junge Menschen für die Übernahme eines Ehrenamts zu gewinnen wird zunehmend schwieriger. Der wachsende auch zeitliche Druck in Schule und Ausbildung spielt sicherlich eine nicht unwesentliche Rolle. Hier sind neue Orte, Anlässe und Formen für Engagement gefragt.

Insgesamt ist im Bürgerschaftlichen Engagement eine sinkende Bereitschaft zu erkennen, sich längerfristig zu binden. Es findet zunehmend eine Orientierung auf Projektarbeit statt.

#### **- Engagement in Zeiten des Web 2.0**

Freiwilliges Engagement wird sich nicht länger allein auf die physische Präsenz der Freiwilligen in der jeweiligen Organisation beschränken sondern muss vermehrt durch Online-Engagement-Angebote ergänzt werden. Das Internet bietet für gemeinnützige

Organisationen, Initiativen und einzelne Engagierte vielfältige Nutzungsmöglichkeiten, bspw. kann es den Zugang zum Engagement erleichtern.

- **Engagement im ländlichen Raum**

Im ländlichen Raum ist die zentrale Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für das Kulturleben noch höher als in den Ballungszentren. Eine Reihe von Einrichtungen des kulturellen Lebens basiert dort weitgehend auf ehrenamtlicher Arbeit.

- **Engagement soll nicht ersetzen sondern ergänzen**

Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zum Lückenbüßer für staatliche Aufgabenwahrnehmung werden. Es darf nicht zur Abwälzung lästiger Aufgaben oder Verdrängung hauptamtlicher Beschäftigter führen. Förderliche Rahmenbedingungen werden dafür benötigt: eine bedarfsgerechte Infrastruktur ebenso wie nachhaltige Finanzierungsstrategien, Qualifizierungsangebote sowie Formen der Anerkennung.

Die umfassenden Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements werden für die Gesellschaft noch besser nutzbar sein, wenn ein kooperatives Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gelingt.

Literatur

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements

Projektgruppe Zivilgesellschaft, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2009): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland

TNS Infratest Sozialforschung München (2011): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Nordrhein-Westfalen 1999 – 2004 – 2009

Wagner, Bernd / Witt, Kirsten (2003): Engagiert für Kultur

Zimmer, Annette / Vilain, Michael (2005): Bürgerschaftliches Engagement heute



# 14

## Thema: Armutsentwicklung

Gastgeber: Hans-Peter Boer, Bezirksregierung Münster

### Armutsbericht 2011 Der Paritätische

Bemerkenswert ist, dass selbst starke wirtschaftskonjunkturelle Ausschläge so gut wie keinerlei Einfluss mehr auf die Armutsentwicklung zu haben scheinen. Ein signifikantes Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,4 Prozent im Jahr 2006 ging mit einem Rückgang der Armutsgefährdungsquote von gerade einmal 0,7 Prozent einher. Das gleiche gilt für das Aufschwungjahr 2010 (+ 3,6 % BIP). Das Wirtschaftswachstum im Jahr 2007 von 2,7 Prozent wurde sogar von einem leichten Anstieg der relativen Armutsquote begleitet. Gute Konjunkturen, so zeigen die Daten, schlagen nicht mehr auf die Armutsentwicklung durch und werden auch politisch nicht dazu genutzt, die Schere zwischen Arm und Reich wenigstens etwas zu schließen. Auf der anderen Seite führte der wirtschaftliche Einbruch in 2009 (- 4,7 % BIP) auch nicht zu einem nennenswerten Anstieg der Armutsquote, was insbesondere der damals schnell eingeführten Kurzarbeiterregelung und der damit erfolgreichen Bekämpfung der krisenbedingten Arbeitslosigkeit geschuldet war.

Dieses Phänomen „verhärteter Armut“ findet sich auch bei der bundesweiten Hartz IV-Quote. Betrug sie im Juli 2005, einige Monate nach Inkrafttreten von Hartz IV, 10,3 Prozent, so sind es im Juli 2011 noch immer 9,8 Prozent. Angesichts eines Zeitraums von sechs Jahren kann damit auch bei diesem Armutsindikator nicht von einer signifikanten Bewegung gesprochen werden – allen arbeitsmarktpolitischen Erfolgsmeldungen der Bundesregierung zum Trotz.

### Gegenläufige Tendenzen bei den Ländern

Anders sieht es aus, wenn wir die Ergebnisse auf Länderebene vergleichen. Was die Armutsgefährdungsquoten anbelangt, bewegt sich bei neun der 16 Bundesländer kaum etwas, sieben Länder zeigen aber durchaus – zum Teil gegenläufige – Bewegungen. Entscheidender als statistische Ausschläge in einzelnen Jahren ist dabei die Frage, ob in dem Auf und Ab der Daten möglicherweise Trends im Sinne einer über mehrere Jahre, kontinuierlichen und signifikanten Entwicklung zu erkennen sind. Dies ist bei fünf Ländern tatsächlich der Fall.

So gingen in Hamburg, Brandenburg und Thüringen die Armutsquoten seit 2005 kontinuierlich und nennenswert zurück. In Hamburg und Brandenburg betrug der Rückgang jeweils 15 Prozent – wenn auch auf sehr unterschiedlichen Niveaus: von 19,2 auf 16,3 Prozent in Brandenburg und von 15,7 auf 13,3 Prozent in Hamburg. In Thüringen fiel die Quote im gleichen Zeitraum kontinuierlich von 19,9 auf 17,6 Prozent, ein Rückgang um über 10 Prozent.

In Berlin und Nordrhein-Westfalen sind die Armutsquoten von 2005 auf 2006 zwar erfreulich gesunken, steigen seitdem jedoch stetig und spürbar an. In Berlin nahm die Armutsgefährdungsquote von 17 Prozent im Jahr 2006 auf 19,2 Prozent in 2010 zu – ein Zuwachs um 13 Prozent. In Nordrhein-Westfalen ist im gleichen Zeitraum ein kontinuierlicher Anstieg von 13,9 auf zuletzt 15,4 Prozent festzustellen.

So konnte sich Hamburg im Länderranking im Vergleich zum Jahr 2005 gleich um fünf Plätze von Rang 9 auf Rang 4 verbessern, während Nordrhein-Westfalen von Rang 6 auf Rang 9 abrutschte.

Halten wir die Hartz IV-Quoten daneben, fällt auf, dass in den einzelnen Ländern die Armutsentwicklung nicht zwingend mit der Entwicklung der Hartz IV Zahlen einhergehen muss. So verlaufen die negativen Trends in Berlin und Nordrhein-Westfalen, die Armutsgefährdungsquoten betreffend, bei fast gleichbleibenden Hartz IV-Quoten. Der Anstieg der relativen Armut resultiert somit insbesondere aus einer Zunahme der armutsnahen und armen Bevölkerung außerhalb bzw. oberhalb des Hartz IV-Bezugs. Anders in Mecklenburg-Vorpommern: Hier ging die Hartz-IV-Quote zwischen 2005 und 2010 zwar um immerhin fast 19 Prozent von 19,8 auf 16,1 Prozent zurück, die relative Armutsquote jedoch fiel im gleichen Zeitraum nur um 12 Prozent von 24,1 auf 22,4 Prozent.

Bewegungen oder Stagnationen bei den Hartz-IV-Quoten lassen sich also nicht zwingend auf die Entwicklung relativer Armutsquoten übertragen. Länderrankings zur relativen Armut und zu Hartz IV fallen daher zum Teil sehr different aus. So schafft es Mecklenburg-Vorpommern, Schlusslicht bei der relativen Einkommensarmut, beim Hartz IV-Vergleich immerhin auf Rang 13. Das Hartz-IV-Schlusslicht Berlin wiederum belegt bei der Armutsgefährdung lediglich Platz 12.

### **Problemregion Ruhrgebiet**

Der Osten ist nach wie vor deutlich stärker von Armut betroffen als der Westen. Doch zeigt der Osten – mit Ausnahme von Berlin – insgesamt eine deutlich positivere Entwicklung als der Westen. Hier verdient das Ruhrgebiet als neue Problemregion mit besorgniserregender Dynamik besondere Aufmerksamkeit.

Signifikante negative Entwicklungstrends zeigen in NRW zwar auch Regionen wie Bielefeld (von 13,9 % auf 15,8 %) oder die deutlich heraus fallende Raumordnungsregion Siegen mit einem Anstieg der Armutsquote von 9,1 auf 14,2 Prozent.

Und auch in Rheinland-Pfalz fallen die negativen Entwicklungen in der Region Rheinhessen-Nahe (von 13,4 % auf 16,1 %) und in der Rheinpfalz (von 11,9 % auf 14,1 %) ins Auge, doch handelt es sich beim Ruhrgebiet mit über 4 Millionen Einwohnern um das größte Ballungsgebiet Deutschlands und immerhin um das fünftgrößte Ballungsgebiet Europas.

So hat die relative Armut in der Stadt Dortmund seit 2005 um 24 Prozent zugenommen – von 18,6 auf 23 Prozent – eine Quote, die noch über der von Mecklenburg-Vorpommern liegt. In Duisburg waren es sogar 26 Prozent Zunahme – von 17 auf 21,5 Prozent.

13 Prozent Zuwachs hat auch die Region Bochum/Hagen – von 15,1 auf 17,1 Prozent. Und auch die Ruhrgebietsregion Emscher/Lippe liegt mit einer Quote von 18,3 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt von 14,5 Prozent.

Diese dramatische Entwicklung des Ruhrgebiets wird durch die Hartz IV-Zahlen noch unterstrichen. So waren im Juli 2011 in Dortmund und Duisburg 17,8 Prozent der Einwohner bis 65 Jahren auf Hartz IV angewiesen, in Essen waren es 18,2 Prozent und in Gelsenkirchen sogar 21,6 Prozent. Nicht ein einziger Ruhrgebietskreis liegt unter dem

Bundesdurchschnitt von 9,8 Prozent. Besonders besorgniserregend dabei ist, dass diese Quoten in den einzelnen Städten und Landkreisen entweder auf sehr hohem Niveau verharren oder sogar im Trend nach oben zeigen, wie etwa in Mülheim an der Ruhr, in Hamm, in Essen oder in Gelsenkirchen.

## **Demographischer Wandel in Nordrhein-Westfalen**

Von Rainer Danielzyk, Christian Meyer, Wolfram Grüber-Töpfer u. a. Hrsg.: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW), 2. Auflage (1. Auflage 2007) Dortmund 2010

**Was hat demographischer Wandel mit Kultur zu tun?** Zusammenhänge und Wechselwirkungen von Kultur, kulturellen Infrastrukturen und Demographie erschließen sich nicht auf den ersten Blick. Auch geht der kulturelle Sektor von einer eher unerschöpflichen Nachfrage der Bevölkerung nach kulturellen Leistungen aus. Bestrebungen der kulturellen Institutionen und Häuser, sich mit dem eigenen Publikum auseinanderzusetzen, sind recht jung. Dennoch sind durch die drei Komponenten des demographischen Wandels Konsequenzen für den Kulturbereich zu erwarten. Das „weniger werden“ führt zu einer Verringerung von potenziellen Nutzern kultureller Angebote, der Wettbewerb der einzelnen Sparten und Häuser um das Publikum könnte deshalb härter werden. Das „älter werden“ führt zu einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur, was sich über kohortenspezifische kulturelle Interessen und Bedürfnisse im Nutzungsverhalten des Kulturpublikums widerspiegeln dürfte. Genauso wie die gesellschaftliche Alterung führt auch das „bunter werden“ zu einer Strukturveränderung der Bevölkerung. Wachsende Anteile von Bevölkerung mit Migrationshintergrund machen ein Eingehen der Kultur und ihrer Häuser auf diese unterschiedlichen kulturellen Prägungen unumgänglich. Neben den beschriebenen drei Komponenten des demographischen Wandels ist an dieser Stelle noch auf eine weitere zu verweisen: die zunehmende Armut und soziale Polarisierung der Gesellschaft, das mit „gegensätzlicher werden“ umschrieben werden kann. Dieser Prozess verläuft parallel zu den derzeitigen demographischen Entwicklungen und beinhaltet eine Reihe von Wechselwirkungen. Durch die in Deutschland feststellbare Zunahme der Armut werden immer größere Gruppen in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt oder gar davon ausgeschlossen.

## **Demographischer Wandel und Kultur**

### **Christian Meyer ILS NRW**

Dies hat vor allem in schrumpfenden Städten mit entspannten Wohnungsmärkten eine räumliche Komponente, indem in bestimmten Quartieren eine Bevölkerung mit einer Sozialstruktur verbleibt, die durch vielschichtige Risiken und soziale Isolation geprägt ist. Dieses hat auf den ersten Blick keine Konsequenz für den Kulturbereich. Allerdings steht hier die Kultur in der Pflicht, Armut insbesondere mit kultureller Bildung zu bekämpfen, die Lebensbedingungen in diesen Stadtteilen zu verbessern und eine Chancengleichheit herzustellen.

In der Gesamtbetrachtung sind eine Reihe von Konsequenzen für den Kulturbereich durch den demographischen Wandel zu erwarten, die aus der Überlagerung einer weiterhin negativen Bevölkerungsentwicklung mit der starken Alterung und Internationalisierung der Bevölkerung in Verbindung mit einer zunehmenden Individualisierung und Pluralisierung von Kulturverständnissen resultieren. Über mögliche Konsequenzen, aber auch über Handlungsspielräume und entsprechende Strategien für die Kulturpolitik wurde im Rahmen von drei Fachgesprächen mit Fachleuten – Kulturschaffende, Entscheiderinnen und Entscheider der Kulturpolitik und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – diskutiert. Die drei Fachgespräche wurden unter dem Titel „Konsequenzen des demographischen Wandels für die kulturelle Infrastruktur“ vom ILS NRW im Auftrag der Kulturabteilung des damaligen

Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW (MSWKS NRW) in den Jahren 2003 und 2004 durchgeführt.

### **Abnehmende Bevölkerungszahlen**

Einen direkten Zusammenhang zwischen der in einer Stadt oder Region lebenden Bevölkerung und der Nachfrage nach kulturellen Angeboten herzustellen ist schwer, erreichen doch gerade Angebote der Hochkultur nur einen geringen Anteil der Bevölkerung. Zudem ist zu beachten, dass sich bei der derzeitigen Schrumpfung von Kernstädten und gleichzeitigem Wachstum ihrer Umlandgemeinden in Nordrhein-Westfalen wie auch in anderen westdeutschen Bundesländern kurz- bis mittelfristig nur eine Bevölkerungsverlagerung einstellt. Nach Stadtregionen betrachtet, bleibt dort die Bevölkerung nach den vorliegenden Prognosen in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten relativ stabil. Werden die großen Einzugsbereiche kultureller Einrichtungen der Hochkultur und die hohe Mobilität ihrer Nutzer zugrunde gelegt, dürfte die Auslastung von Theatern, Opern oder Konzerthäusern aufgrund der Bevölkerungsentwicklung mittelfristig nicht gefährdet sein. Allerdings wird bei der feststellbaren zunehmenden Mobilität des Publikums der Hochkultur eine regionale Abstimmung von Angeboten insbesondere in dicht besiedelten Räumen wie Nordrhein-Westfalen zunehmend wichtiger.

Anders als Einrichtungen der Hochkultur haben aber die kulturellen Breitenangebote räumlich sehr begrenzte Einzugsbereiche. Diese erstrecken sich beispielsweise bei Stadtbibliotheken oder Musikschulen nur auf das Stadtgebiet, bei einer Jugendeinrichtung auf einen Stadtteil oder Bezirk. Ein quantitativer Rückgang von Bevölkerung im direkten Umfeld hat insofern Konsequenzen für die Auslastung solcher Einrichtungen, wenn diese nicht ihren Einzugsbereich erweitern oder mehr Bevölkerung im Einzugsbereich mobilisieren können.

Der quantitative Rückgang von Bevölkerung geht aber auch mit einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur einher.

Für die Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen bedeutet der demographische Wandel einen Rückgang von deutschen Jugendlichen bei gleichzeitiger Zunahme von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Dieses führt u. a. zu veränderten qualitativen Anforderungen an stadtteilbezogene kulturelle Einrichtungen.

Schon heute relevant für die kulturellen Einrichtungen ist die Frage ihrer Finanzierung. Da diese momentan fast ausschließlich durch die öffentliche Hand getragen werden, ist die Einnahmesituation von Kommunen, der Länder und des Bunds maßgeblich für den Fortbestand des kulturellen Angebotspektrums. Dabei stellen die Kommunen den größten Anteil an der Kulturfinanzierung. Die kommunalen Einnahmen sind eng an die Bevölkerungszahl gekoppelt. Weniger Bevölkerung bedeutet für die Kommunen weniger Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich und zugleich weniger Einnahmen aus der Einkommensteuer und über Kaufkraftverluste auch sinkende Gewerbesteuererinnahmen. Die Schätzungen gehen von 500 € (Bertelsmann-Stiftung) bis hin zu 1.100 € (StadtEssen) je verlorenen Einwohner und Jahr. Eine geringere kommunale Finanzkraft wird sich auf die einzelnen Etats der öffentlichen Haushalte auswirken müssen. Der Kulturbereich als freiwillige kommunale Leistung könnte von den dann notwendigen Kürzungen überproportional betroffen sein.

## **Integrationskultur**

### **Alterung der Bevölkerung**

Der demographische Wandel führt mit der Zunahme von älterer Bevölkerung und einer starken Abnahme von jüngerer Bevölkerung zu einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Damit schwindet auch die Bedeutung der Jugend als Zielgruppe kultureller Angebote und es besteht die Gefahr, dass Angebote für diese Altersgruppen zurückgefahren werden. Dabei prägen insbesondere die Kindheit und Jugend das individuelle Kulturverständnis, d. h. entwickeln Jugendliche kein Verständnis für klassische Kulturangebote, sind diese auch in späteren Lebensphasen nur schwer von den klassisch orientierten kulturellen Einrichtungen zu erreichen (vgl. Göschel 1991). Daraus entsteht für die kulturellen Einrichtungen ein programmatisches Dilemma: Werden kulturelle Programme heute nach den Bedürfnissen der Jugendlichen ausgerichtet, so sind die Kulturhäuser heute weitgehend leer. Werden die Programme heute nicht nach den Bedürfnissen der Jugendlichen ausgerichtet, sind die Kulturhäuser in 50 Jahren leer. Das unterschiedliche Kulturverständnis von Jung und Alt beleuchtet eine Studie des BAT-Freizeit-Forschungsinstituts. Etwa die Hälfte der befragten über 65-Jährigen gab in der Befragung an, dass Kultur nur aus klassischen Angeboten wie Oper oder Theater besteht (s. Abb. 1). Dagegen votierten 78 Prozent der jüngeren Bevölkerung (bis 34 Jahre) für einen Kulturbegriff, der auch populäre Unterhaltungsangebote wie Musicals oder Kino mit einschließt (vgl. BAT-Freizeitforschungsinstitut). Die jüngeren Generationen haben demnach ein wesentlich breiteres Verständnis von Kultur als die älteren, was sich auch in ihrem Nutzungsverhalten widerspiegelt: Nur auf eine einzelne Sparte fixierte Kulturinteressierte sind immer weniger auszumachen. Stattdessen ist ein Trend zu einem Sparten übergreifenden, offenen Kulturpublikum zu erkennen, das nicht nur auf die so genannte Hochkultur beschränkt ist (vgl. Keuchel 2003: 294). Die Spaltung des Begriffs Kultur in U- und E-Kultur (Unterhaltungs- und ernste Kultur) hat nicht nur in der Kommunikation zwischen Erwachsenen und Jugendlichen zu einer Entfremdung geführt, sondern auch zu einer Entfremdung der Jugendlichen von Kultur allgemein. Allerdings haben es einige Kultursparten nicht nur geschafft, eine Spaltung zwischen U- und E-Kultur zu vermeiden, sondern sich auch ein jugendliches Publikum zu bewahren. Dies gilt u. a. für die Bereiche Theater und bildende Kunst. Es besteht zudem der Eindruck, dass die Spaltung in E- und U-Kultur Jugendliche in einigen Sparten von bestimmten Angeboten abgeschnitten hat und ihnen damit eine größere Wahlfreiheit verloren gegangen ist.

Bezogen auf die jüngeren Altersgruppen ist heute ein vielseitig interessiertes Kulturpublikum zu erkennen, das nicht nur auf die Hochkultur beschränkt ist und diese als ein (Freizeit-) Angebot unter vielen wahrnimmt. Der recht breite Kulturbegriff der jüngeren Generationen schließt vermehrt auch populäre Unterhaltungsangebote ein. Die klassischen kulturellen Angebote stehen somit in wachsender Konkurrenz zu populären Kulturangeboten. Diese breite Streuung kultureller Bedürfnisse, Interessen und Ansprüche erfordert von den kulturellen Einrichtungen eine flexible und vielschichtige Programmplanung, aber auch ein genaues Marketing und z. B. neue Formen des Ticketverkaufs. Hier zeigt der zahlenmäßige Rückgang der Abonnements, dass der Verkauf von herkömmlichen Abonnements mit beispielsweise zwölf festgelegten Veranstaltungen zu festgelegten Terminen heute nicht mehr funktioniert.

Hier müssen neue Varianten wie z. B. Wahlabonnements eingeführt werden.

Untersuchungen in der Düsseldorfer Tonhalle haben zudem zu dem bemerkenswerten Ergebnis geführt, dass 50 Prozent der Abonnenten über 66 Jahre alt sind, jedoch nur 5

Prozent unter 40. Somit fehlt eine Generation, auf die Einrichtungen und Institutionen nicht warten sollten. Vielmehr ist es notwendig, mit umfangreichen pädagogischen Jugendprojekten frühzeitig aktiv zu werden.

### **Die Internationalisierung der Bevölkerung**

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird vor allem in den Großstädten rasant zunehmen. In vielen Großstädten stehen Migranten im Begriff, von Minderheiten zu Mehrheiten anzuwachsen. Prognoserechnungen für die Großstädte in NRW verdeutlichen, dass der Anteil von Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den jüngeren Altersgruppen im Jahr 2040 über 50 Prozent liegen könnte. Dieses stellt die Gesellschaft vor eine enorme Integrationsaufgabe, die auch kulturell zu bewältigen ist. Wird aber lediglich von Nichtdeutschen oder Ausländern gesprochen, wird die dahinter stehende kulturelle Vielfalt verschleiert: Die Spanne reicht von Spätaussiedlern aus den ehemaligen GUS-Staaten bis hin zu zugewanderten EU-Bürgern, die als Saisonarbeiter, Unternehmer oder Wissenschaftler zu uns gekommen sind. In der Konsequenz entsteht die Frage nach dem kulturellen Umgang mit einer wachsenden gesellschaftlichen Heterogenität. Wird diese ernst genommen, kann nicht mehr von einem allgemeinen Kulturbegriff ausgegangen werden. Es ist auf ein Verständnis von Kultur abzielen, das Gemeinsamkeiten sucht und kulturelle Andersartigkeiten akzeptiert und somit aus dem nationalstaatlichen Rahmen hinausreicht. Allerdings sind in den Kommunen erst sehr spät interkulturelle Konzepte entwickelt worden. Eine Studie (MSWKS 2002) aus dem Jahr 2002 kommt zu dem Ergebnis, dass mehr als drei Viertel der nordrhein-westfälischen Kommunen keine gesonderten Finanzmittel für interkulturelle Kulturarbeit bereitstellten und weniger als 10 Prozent der Kommunen entsprechende Richtlinien oder Konzepte entwickelt hatten. Erst durch die von der Landesregierung aufgelegten Modellprojekte und Förderungen konnte eine Intensivierung der interkulturellen Arbeit in den nordrhein-westfälischen Kommunen erreicht werden. Hier ist der Lernprozess allerdings noch nicht abgeschlossen.

Eine stärkere interkulturelle Orientierung ist auch bei den kulturellen Einrichtungen und Infrastrukturen notwendig – auch wenn sie ihre Zuschauerzahlen zukünftig halten wollen. Dieses reicht von der stärkeren Öffnung für Migranten, was die Anpassung der bestehenden Programmatik mit einschließt, bis hin zur stärkeren Einbindung von Migranten in die Entwicklung kultureller Konzepte und in Entscheidungsprozesse. So könnten beispielsweise Konzerthäuser und Museen eine Funktion als Brücken zwischen den unterschiedlichen Kulturen einnehmen, indem sie die bestehende Programmatik weiterentwickeln und neue Publika ansprechen.

### **Wachsende Armut und sozialräumliche Polarisierung**

Ein starker Zusammenhang zwischen Bildungsstand und der Affinität zu kulturellen Angeboten ist allgemein empirisch belegbar. Ein durchschnittliches bis sehr starkes Interesse am Kulturgesehen ist im Schnitt aller Altersgruppen eine Domäne von Gruppen mit hohem Bildungsstand. Dieser Zusammenhang zeigt sich bei den jüngeren Altersgruppen (wieder) weitaus stärker: Über die Hälfte in einer Studie befragter unter 25-Jähriger mit niedriger Schulbildung interessieren sich überhaupt nicht für das Kulturgesehen (vgl. Keuchel 2003: 97). Damit ist der Anteil von „Kulturuninteressierten“ mit niedriger Schulbildung in dieser Altersgruppe so hoch wie in keiner anderen. Wird aber neben dem Bildungsgrad die kulturelle Herkunft hinzugezogen, wird deutlich, dass der Einfluss des Herkunftslandes eher sekundär ist und vor allem die Schulbildung das Kulturinteresse beeinflusst (vgl. ebd.: 144). Zudem zeigt eine Befragung des ILS NRW2 aus dem Jahr 2004,

dass eigene künstlerische Aktivitäten die kulturelle Partizipation von Jugendlichen fördern. Aus den Ergebnissen geht u. a. hervor, dass Jugendliche, die in ihrer Freizeit selbst Theater spielen, im Durchschnitt zwei- bis dreimal häufiger in den letzten sechs Monaten ein Theater besucht haben. In der Konsequenz scheint die Chance auf kulturelle Bildung mit dem Besuch eines Gymnasiums einherzugehen. Daraus resultiert eine besondere Bedeutung der Schulen als Bindeglied zwischen kulturellen Einrichtungen und den jugendlichen Generationen. Denn vor allem diese vermitteln ein kulturelles Grundlagenwissen, um Kunst und Kultur zu dekodieren und zu begreifen. Die Chance Kultur zu verstehen, sich für Kultur zu interessieren und aktiv an ihr teilzuhaben ist maßgeblich von diesen kulturellen Grundkompetenzen abhängig. Den Schulen und ihren Lehrerinnen und Lehrern kommt damit eine Funktion als Kulturträger und –vermittler zu, einerseits um ein Verständnis für Kultur zu erzeugen und andererseits um Zugänge zu Jugendlichen zu finden.

Die Befragung wurde im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS NRW) im Mai 2003 auf der Jugendmesse „YOUr vision of the future!“ (YOU) in Essen durchgeführt. Es wurden insgesamt 2.831 Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 20 Jahren zu verschiedenen Themen aus den Bereichen Stadtentwicklung, Wohnen, Sport und Kultur befragt.

### **Gegebene Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsmöglichkeiten**

Die gerade beschriebenen Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Kulturbereich können keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Vielmehr weisen sie auf die Komplexität der Veränderungen hin, die sich je nach den örtlichen und regionalen Gegebenheiten und in unterschiedlichen Kontexten vollziehen. Zum Umgang mit diesen Veränderungen kann es daher keinen Königsweg geben. Hier muss lokal und regional sehr genau untersucht werden, welche Stärken und Schwächen vorhanden sind und wie die Landschaft kultureller Einrichtungen und Institutionen den zukünftig durch den demographischen Wandel veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden kann. Bei den weiteren Überlegungen zu den Konsequenzen des demographischen Wandels für die kulturellen Infrastrukturen und Institutionen sollten aber insbesondere die folgenden Aspekte bedacht werden. Vor dem Hintergrund der **angespannten Finanzsituation** ergeben sich für die kommunale Kulturpolitik zwei Alternativen:

Entweder müssen für die Beibehaltung des gesamten Angebotsspektrums die Standards (und Qualitäten)

entsprechend der geringeren Finanzkraft gesenkt werden. Oder es müssen Fokussierungen und Spezialisierungen mit hohem Qualitätsniveau zugelassen werden. Die gegenwärtige kommunale Kulturpolitik hält jedoch eher an der überlieferten Bandbreite der kulturellen Infrastruktur fest und nimmt dabei die Absenkung der Standards billigend in Kauf. Dabei stellt sich die Frage, ob auch in solchen Bereichen öffentlich finanzierte kulturelle Aktivitäten erhalten werden müssen, wo Angebote durch private – kommerzielle oder gemeinnützige – Träger ersetzt werden können. Eine Handlungsoption für die Städte bieten in dieser Situation interkommunale Kooperationen. Bezogen auf das Ruhrgebiet besteht die Besonderheit, dass es eine Vielzahl von Großstädten auf engstem Raum mit einer kulturellen Gesamtausstattung und sich überlagernden Einzugsbereichen gibt. Dabei existiert aber auch die Gefahr, dass ein hochwertiges Nebeneinander entsteht und vieles doppelt oder ähnlich angeboten wird. Gerade im Ruhrgebiet ist aufgrund der engen räumlichen Verflechtungen eine Profilierung und Spezialisierung der einzelnen Städte sinnvoll. Kultur ist dabei auch als Beitrag zur Bildung eines innovativen Milieus in einer Region und als wichtiger weicher



Standortfaktor zu verstehen. Regionale Kooperationen scheinen angesichts knapper öffentlicher Kassen immer wichtiger zu werden, greifen aber auch in die kommunale Autonomie ein. Wie beschrieben, ist mit der Zunahme von Menschen mit Migrationshintergrund auch die Notwendigkeit der Entwicklung von interkulturellen Konzepten verbunden. Auf die Gruppe der Migranten einzugehen gebietet sich für die kulturellen Einrichtungen auch aus wirtschaftlichen Gründen, wenn sie ihre Besucherzahlen halten wollen.

Die **zunehmende Internationalisierung** insbesondere der großstädtischen Gesellschaften ist durch kulturelle Integration jedoch nur bedingt zu bewältigen. Dabei ist hervorzuheben, dass kulturelle Partizipation generell ganz wesentlich von den Bildungsvoraussetzungen abhängt. Allerdings lässt sich im Hinblick auf das Bildungsniveau auch beobachten, dass es bei deutscher wie auch nichtdeutscher Bevölkerung zunehmend schwieriger wird, trotz gegebener Voraussetzungen kulturelle Partizipation zu erreichen. Hier ist ein Wandel hinsichtlich kultureller Wertesysteme zu beobachten. Allein durch die kulturelle Teilhabe kann die Integration von Migranten nicht erreicht werden. Allerdings gibt es auch kaum nachhaltigere Sozialisierungseffekte als durch (inter-)kulturell orientierte Angebote und Einrichtungen. Insofern lässt sich resümieren, dass der Kultursektor eine wichtige Rolle bei der Integration von Migranten spielen kann und sollte, aber nicht die entscheidende Instanz ist. In Nordrhein-Westfalen ist, wie auch in anderen Bundesländern, in den letzten Jahrzehnten ein breites Spektrum von kultureller Infrastruktur aufgebaut worden. Ein weiterer Ausbau der Infrastruktur scheint nicht notwendig und auch unter finanziellen Gesichtspunkten kann sich unsere Gesellschaft dies nicht leisten. Zukünftig wird es nicht mehr darum gehen müssen, vordringlich neue Einrichtungen zu entwickeln und zu bauen, sondern mehr um die **qualitative Weiterentwicklung der bestehenden Infrastruktur**. Dies bedeutet auch, den Bestand kritisch zu hinterfragen, ob die gegenwärtig bestehenden Angebote und Leistungen auch zukünftig noch gebraucht werden und sinnvoll sind. Qualitativer Wandel bedeutet insbesondere, dass die kulturellen Einrichtungen besser werden müssen.

Dieses betrifft beispielsweise ihre Erreichbarkeit genauso wie die stärkere Bündelung von Einrichtungen und Infrastrukturen. Vor dem Hintergrund der sinkenden Finanzkraft der Kommunen sind Einrichtungen viel stärker

unternehmerisch auszurichten. Das bürgerschaftliche Engagement bietet dabei viele Chancen für kulturelle Einrichtungen. In den meisten kulturellen Einrichtungen finden sich heute zu wenig junge Leute. Die älteren Besucher dominieren. Ein im Zuge des demographischen Wandels **älter werdendes Publikum** wird veränderte Ansprüche an die kulturellen Einrichtungen und deren Programmatik entwickeln. Dieses betrifft beispielsweise die Öffnungszeiten, die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV oder die behindertengerechte Ausstattung.

Die Programme in den großen Kultureinrichtungen sind heute maßgeblich auf den Publikumsgeschmack der über 50- und 60-Jährigen ausgerichtet. Demgegenüber stehen Modernisierungskonzepte, durch die mehr junge Menschen in die Veranstaltungen geholt werden sollen. Bei solchen Angeboten bleiben aber die älteren Nutzer aus, die hinsichtlich der Auslastung der kulturellen Infrastruktur momentan die wichtigste Zielgruppe bilden. Daraus resultiert für die kulturellen Einrichtungen ein Dilemma: Wirtschaftlich betrachtet müssten sie ihre Angebote für ältere Besucher weiter ausbauen, um die Auslastung zu halten oder gar zu steigern. Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit müssten sie aber auch Angebote für das junge Publikum (das Publikum von morgen) stärken, um sie

möglichst früh an die kulturellen Institutionen zu binden und um sie langfristig nicht zu verlieren. Fest steht, dass der demographische Wandel unser kulturelles und soziales Leben nachhaltig verändern wird. Über die konkreten Auswirkungen für die Kultur im Allgemeinen und für die kulturellen Institutionen und Infrastrukturen im Speziellen, kann heute allenfalls spekuliert werden. Es ist deshalb wichtig, den Diskussionsprozess um mögliche Konsequenzen und entsprechende Strategien frühzeitig zu beginnen, was mit der Fachgesprächsreihe „Konsequenzen des demographischen Wandels für die kulturelle Infrastruktur“ getan wurde.

### **Literatur**

BAT-Freizeit-Forschungsinstitut: Kulturrevolution in Deutschland? Die Hochkultur hat ihr Monopol verloren.

Website: [www.bat.de/freizeit](http://www.bat.de/freizeit)

Göschel, Albrecht (1991): Die Ungleichzeitigkeit in der Kultur, Wandel des Kulturbegriffs in vier Generationen. Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 84. Berlin

Keuchel, Susanne/ Zentrum für Kulturforschung (Hg.) (2003): Rheinschiene – Kulturschiene. Mobilität – Meinungen – Marketing. Bonn

(MBV NRW/ ILS NRW 2006) Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

und Bauwesen NRW (Hg.): Die REGIONALEN in Nordrhein-Westfalen. Aachen

(MSWKS 2002) Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW: Situation und Aufgaben der interkulturellen Kulturarbeit in NRW. Düsseldorf